

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



KEIN WACHSTUM IST AUCH (K)EINE LÖSUNG

**Mythen und Behauptungen
über Wirtschaftswachstum
und Degrowth**

luxemburg argumente

Kaum etwas beschäftigt Politiker_innen und Wirtschaftsexpert_innen so sehr wie das Wirtschaftswachstum: Wie groß wird es? Wie viel braucht es, damit die Arbeitslosigkeit zurückgeht? Welche Politik schafft am meisten davon? Wie viel Soziales und wie viel Ökologie verkraftet das Wachstum? Welche Wirtschaftszweige müssen gefördert werden, weil sie «Wachstumstreiber» sind?

Das Ziel Wirtschaftswachstum scheint über Parteigrenzen hinweg Konsens zu sein. Dabei ist völlig unklar, was da eigentlich wachsen soll. Denn (Wirtschafts-)Wachstum ist ein schwammiger Begriff und wird von verschiedenen Akteuren unterschiedlich definiert. Meistens – und dem folgen wir auch in dieser Broschüre – ist damit die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemeint, also des in Geld gemessenen Werts der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung). Dieser Wert soll nun steigen, unabhängig davon, ob wir die dafür hergestellten Güter wollen und brauchen (Bildung, Windkraftanlagen, Fahrräder) oder eher nicht (Werbung, Fastfood, Schönheitsoperationen, Waffen), und unabhängig davon, welche sozialen und ökologischen Schäden damit verbunden sind. Diese Gleichgültigkeit gegenüber dem, was da mit welchen Auswirkungen unter welchen Bedingungen produziert wird, lässt es fraglich erscheinen, ob das Bruttoinlandsprodukt ein guter Wohlstandsindikator ist.

Immer mehr Wissenschaftler_innen, aber auch Organisationen und Aktivist_innen kritisieren daher eine Politik, die alles daransetzt, dass das BIP wächst. Sie plädieren stattdessen für eine positive Vision einer Gesellschaft jenseits des Wachstumsstrebens und des kapitalistischen Wachstumszwangs. Sie setzen auf Postwachstum, Degrowth, Décroissance – und sehen sich sofort mit vielen Fragen konfrontiert: Was passiert mit unserer Wirtschaft und unseren Sozialsystemen, wenn das Wachstum ausbleibt? Ist es Motor oder Hemmschuh für einen ökologischen Umbau? Entspricht das Immer-mehr nicht dem menschlichen Wesen? Was ist mit den Menschen im globalen Süden? In der ganz zugespitzten Variante müssen sich die Wachstumskritiker_innen fragen lassen: Wollt ihr zurück in die Steinzeit?

Diese Fragen werden im Folgenden anhand einiger beliebter Behauptungen beleuchtet.

INHALT

Mythos Wirtschaftswachstum	2
1 Wachstum ist wichtig für den Wirtschaftsstandort Deutschland	2
2 Die Krise in Europa kann nur mit Wachstum beendet werden	5
3 Ohne Wachstum nimmt die Arbeitslosigkeit zu und die Sozialsysteme brechen zusammen	10
4 Ohne Wachstum wird die Position von Arbeitnehmer_innen geschwächt	12
5 Ohne Wachstum können wir uns keinen Umweltschutz leisten	16
6 Ohne Wachstum schaffen wir es nie, Hunger und Armut im globalen Süden zu überwinden	20
7 Die Leute wollen nun mal immer mehr haben, deswegen brauchen wir Wachstum	24
8 Grünes Wachstum ist der Ausweg	27
Skandal Postwachstum	31
9 Degrowth fordert pauschales Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts	33
10 Länder, in denen die Wirtschaft schrumpft, haben massive Probleme	36
11 Wachstumskritiker_innen wollen den Menschen vorschreiben, wie sie leben sollen	39
12 Wer Degrowth propagiert, will zurück in die Steinzeit	41
13 Degrowth ist eine Blase von jungen, akademischen, weißen Mittelstandskindern	46
Fazit: Degrowth als konkrete Utopie, Transformationsperspektive und Bewegung	49

MYTHOS WIRTSCHAFTSWACHSTUM

1

WACHSTUM IST WICHTIG FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT DEUTSCHLAND

«Wachstum stärken. Wettbewerbsfähigkeit sichern.»

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bundesverband der Deutschen Industrie, Deutscher Industrie- und Handelskammertag und Zentralverband des Deutschen Handwerks¹

Wie wird argumentiert?

Wachstum ist notwendig, um eine wettbewerbsfähige, weil innovative Wirtschaft zu erhalten. Damit wird der Wirtschaftsstandort Deutschland gestärkt und die Lebensbedingungen der Menschen werden verbessert. Ohne Wachstum fehlen die notwendigen Investitionen in neue Techniken, Deutschland fällt im internationalen Wettbewerb zurück, der Wirtschaftsstandort «schwächelt».

2

Was ist dran?

Tatsächlich konkurrieren viele deutsche Unternehmen nicht nur untereinander, sondern auch mit Unternehmen aus anderen Ländern. Neue Technik und steigende Produktivität sind dabei ein wichtiges Mittel im Kampf um Marktanteile. Außerdem ist es für Unternehmer_innen in der Tat einfacher, in einer wachsenden Wirtschaft auf neue, kosten- und arbeitssparende Techniken umzustellen, weil sowieso ständig neue Maschinen, Fabrikhallen, Lastwagen etc. angeschafft werden.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht wird bei der Argumentation allerdings übersehen, dass auch in einer Wirtschaft ohne BIP-Wachstum Investitionen getätigt werden, nämlich um den Verschleiß von Maschinen, Infrastruktur etc. auszugleichen. Inwiefern bei solchen Investitionen neue Techniken zum Einsatz kommen, hängt vor allem von deren Vorhandensein ab, also der

¹ Titel der gemeinsamen Erklärung der genannten Verbände, 2014, unter: [www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/PI01714.pdf/\\$file/PI01714.pdf](http://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/res/PI01714.pdf/$file/PI01714.pdf).

Frage, wie «weit» die Forschung ist. Forschung ist – auch ohne Wachstum – unabdingbar für Unternehmen, die um Marktanteile konkurrieren, und kann durch entsprechende Forschungspolitik auch gefördert und gelenkt werden (siehe Behauptung 3).

Aus gesellschaftlicher Sicht ist vor allem die Annahme fragwürdig, dass es per se allen, die in Deutschland leben, besser geht, wenn es dem «Wirtschaftsstandort» Deutschland besser geht. Denn erstens zeigt ein Blick auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen,² dass beides in Deutschland extrem ungleich verteilt ist und diese Ungleichheit zunimmt. Die Wettbewerbsfähigkeit und die Dominanz des deutschen Wirtschaftsstandorts kommen weniger der allgemeinen Bevölkerung als einer reichen Oberschicht und der Kernbelegschaft zugute. Zweitens: Selbst wenn auch bei mir persönlich etwas mehr Reichtum hängen bleiben sollte, ist mein Wohlbefinden nicht allein von meinem Einkommen abhängig, sondern von vielen anderen Dingen – neben Privatem zum Beispiel davon, wie viel und was ich arbeite und wie gut ich sozial abgesichert bin. Wenn also zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Arbeitnehmerrechte und Sozialsysteme ausgehöhlt werden, geht es vielen Menschen schlechter, auch wenn die Wirtschaft brummen sollte.

Gleichzeitig sind die negativen Konsequenzen der deutschen Wettbewerbsfähigkeit (Stichwort: Exportweltmeister) für andere Länder offensichtlich. Dem Exportüberschuss Deutschlands steht ein Importüberschuss anderer Länder in derselben Höhe gegenüber. In der Eurozone hat dies zu einer Verschuldung vieler Länder geführt, die sie wegen der Währungsunion auch nicht durch eine Abwertung ihrer Währung abfedern können. Die Folge ist eine wirtschaftliche Schrumpfung, allerdings keine gesellschaftlich geplante, sondern eine krisenhaft über die Menschen hereinbrechende, die durch die Austeritätspolitik vor allem zulasten ärmerer Bevölkerungsgruppen geht (siehe Behauptung 2).

Die Vorstellung von einer gemeinsamen nationalen Wirtschaft verschleiert die sozialen Unterschiede innerhalb des Landes und verschiebt die Grenzen der Solidarität. Statt sich zum Bei-

² Eurostat: Gini coefficient of equivalised disposable income – EU-SILC survey, 2014, unter: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?wai=true&dataset=ilc_di12; Grabka, Markus M./Westermeier, Christian: Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW, 2014, unter: www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.438710.de/14-9-1.pdf.

STRIKE ΑΠΕΡΓΙΑ HUELGA GREVE

WORKERS
OF THE WORLD
UNITE

WEGEN
STREIK
GEISCHLOSSEN!

SOLIDARITÄT ENDET NICHT
AN LANDESGRENZEN

spiel zugehörig zu fühlen zu einer europäischen oder internationalen Arbeiterschicht oder sich solidarisch zu bekennen mit Menschen, die sozial ausgegrenzt werden, soll meine Solidarität genau an den Grenzen meines Landes enden, egal wie viel mich mit meinen Mitbürger_innen verbindet und wie viel ich persönlich wirklich davon habe, wenn es dem «Wirtschaftsstandort» Deutschland noch besser geht.

2

DIE KRISE IN EUROPA KANN NUR MIT WACHSTUM BEENDET WERDEN

«Wir Europäer haben von Anfang der Krise an gemeinsam auf einen Weg gesetzt, der nicht nur die überfällige Sanierung der öffentlichen Haushalte, sondern vor allem auch die Überwindung wirtschaftlicher Ungleichgewichte durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit aller Mitgliedsländer der Eurozone im Blick hat. Die Anpassungsprogramme für die Programmländer sehen deshalb vor allem grundlegende Strukturreformen vor, deren alleiniges Ziel die Rückkehr zu nachhaltigem Wachstum und damit nachhaltigem Wohlstand für alle ist.»

Finanzminister Wolfgang Schäuble³

5

Wie wird argumentiert?

Die seit 2008 in Europa schwelende Krise ist eine Finanz- oder Währungskrise («Eurokrise»). Ihre Ursache ist eine falsche Politik in den Ländern, die ihre Schulden nicht mehr zahlen können. Folglich müssen diese ihre Wirtschaftspolitik verändern. Die aktuellen Lösungsstrategien setzen auf Einsparungen bei den Staatsausgaben, Privatisierungen und Wirtschaftswachstum.

Was ist dran?

In dieser Interpretation der Krise kommen die systemischen Faktoren nicht vor. Die Krise erscheint mehr oder weniger als reine Wirtschafts- und Finanzkrise anstatt als Ausdruck zahlrei-

³ Schäuble, Wolfgang: Kein deutsches Europa!, 2013, unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Interviews/2013/2013-07-21-namensartikel-sueddeutsche.html.

cher sich gegenseitig bedingender und verstärkender gesellschaftlicher Krisen. Durchgesetzt werden die entsprechenden Maßnahmen von den europäischen Institutionen und den Regierungen jener Euroländer, deren Wirtschaft weniger kriselt, allen voran Deutschland. Andere Ansätze, vorgeschlagen von den «Krisenländern», die finanzielle Unterstützung benötigen, finden kaum Gehör.

Systemische Ursachen der Krise

Die Eurokrise ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen.

1. Im Zuge der weltweiten Finanzkrise wuchsen die staatlichen Schulden der Euroländer ab 2008 stark. Hauptgründe hierfür waren die durch die Krise ausgelösten Rezessionen sowie staatliche Bankenrettungen.⁴
2. Gleichzeitig hat der Steuerwettbewerb der letzten Jahrzehnte in Europa dazu beigetragen, dass die Staaten nicht in der Lage sind, genügend Einnahmen zu generieren, um ihre Ausgaben zu decken.
3. Zudem sind Handelsungleichgewichte anzuführen: Einige Länder – allen voran Deutschland mithilfe seiner Niedriglohnpolitik der Agenda 2010 – können ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit in der Eurozone ausbauen und mehr exportieren, während in anderen Ländern das Gegenteil passiert. Sie importieren mehr und verschulden sich. Dass die Euroländer eine gemeinsame Währung, aber keine gemeinsame Wirtschaftspolitik haben, verstärkt diese Dynamik.⁵
4. Schließlich sind noch politische Fehlentscheidungen oder Probleme zu nennen, für welche die jeweiligen Länder stärker selbst verantwortlich sind, so zum Beispiel Korruption, kurzsichtige Förderung einzelner Wirtschaftsbereiche (was zum Teil das Entstehen von Blasen gefördert hat), laxer Steuervollzug oder zu hohe Militärausgaben.

In der öffentlichen Debatte werden – zumindest im deutschsprachigen Raum – die systemischen Gründe vernachlässigt bzw. nicht anerkannt, die Eigenverantwortung der Defizitländer wird hingegen überbetont.⁶

4 Ausführlich dazu Demirović, Alex/Sablowski, Thomas: Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2012. **5** Vgl. Konzeptwerk Neue Ökonomie: Wirtschaftswende, 2013, unter: <http://bit.ly/2nNu2HQ>. **6** Vgl. ebd.; Felber, Christian: Retten wir den Euro, Bonn 2012.

Multiple Krisenbekämpfung

Mit den Begriffen multiple Krisen bzw. Vielfachkrise ist gemeint, dass mehrere Krisen gleichzeitig auftreten, die sich gegenseitig beeinflussen⁷ – so werden bei den Versuchen, Antworten auf die Eurokrise zu finden, zum Beispiel die sozialen, ökologischen und demokratischen Krisen gegenüber der Finanzmarktkrise vernachlässigt.

Soziale Krise

Die soziale Ungleichheit in der Europäischen Union (EU) hat seit Jahren zugenommen. Die Eurokrise hat diese Entwicklung noch verstärkt. Mit den Bankenrettungsprogrammen wurden private Verluste – im Gegensatz zu den vorherigen Gewinnen – vergesellschaftet, das heißt auf die Bevölkerung verteilt. Um die durch die Bankenrettungen massiv erhöhten Staatsschulden zu bedienen, werden nun Sparprogramme durchgesetzt. Sie sollen Wachstum generieren, haben bisher aber vor allem viele Menschen in Armut gestürzt. Dabei produzierten die Volkswirtschaften der EU-Länder genug für die dort lebenden Menschen – die EU ist eine der reichsten Regionen der Welt. Eine reiche Gesellschaft muss nicht weiter wachsen, um mehr zu haben, sondern besser verteilen, was sie hat.

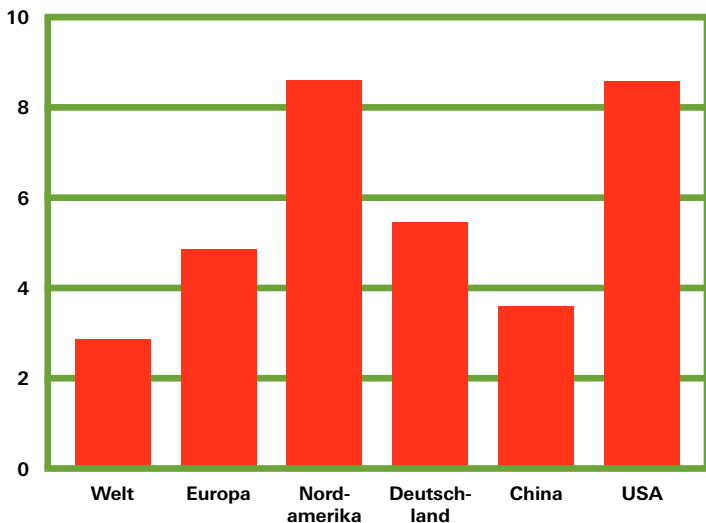
Ökologische Krise

Das Tempo des Klimawandels, der Verlust von biologischer Vielfalt und die Übernutzung von Ressourcen nehmen von Jahr zu Jahr zu. All diese Phänomene stehen in engem Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aktivitäten. Prinzipiell gilt: Je mehr Wachstum, desto mehr Naturverbrauch. Bisherige Versuche einer Entkopplung dieser beiden Prozesse haben nicht ausgereicht, um den Naturverbrauch so weit zu senken, dass er innerhalb der natürlichen Erholungsfähigkeit der Erde läge (zu den Gründen siehe auch Behauptung 8).

In der Eurokrise wird Wirtschaftswachstum trotzdem als einziger Ausweg postuliert. Ökologische Aspekte werden ausgeblendet. Dabei ist der durchschnittliche ökologische Fußabdruck der Menschen, die in der EU leben, schon heute einer der

größten weltweit: 4,9 globale Hektar (gha) pro Person und Jahr.⁸ Noch größer ist er mit 8,6 gha pro Person nur in Nordamerika (siehe Abbildung 1). Ein Zielwert von 1,7 gha pro Person wäre nachhaltig.⁹ Selbst wenn es gelingen sollte, die Eurokrise mit Wachstum in Europa zu überwinden, würde sich gleichzeitig die ökologische Krise verschärfen.

Abb. 1: Ökologischer Fußabdruck (gha/Person) im Jahr 2013



Quelle: Global footprint network, unter: <http://data.footprintnetwork.org/countryTrends.html>

Demokratische Krise

Von einer demokratischen Krise in Europa kann gesprochen werden, weil große Teile der Bevölkerung entweder politisches Desinteresse zeigen oder ihr Vertrauen in demokratische Institutionen schwindet. Viele Menschen wenden sich rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien zu. Diese demokratische Krise hat viele Ursachen, auf die Eurokrise bezogen sind drei zentral: Als Erstes ist der wenig demokratische Aufbau der EU

⁸ Der ökologische Fußabdruck ist ein Maß für die Fläche biologisch produktiven Landes und Wassers, die gebraucht werden, um die Ressourcen zu produzieren, die eine Person verbraucht, und den Abfall aufzunehmen, den sie produziert. Dabei wird angenommen, dass aktuell übliche Technik und Ressourcenmanagement zum Einsatz kommt; vgl. Glossar des Global Footprint Network, unter: www.footprintnetwork.org/resources/glossary/. ⁹ Vgl. Global footprint network: www.footprintnetwork.org/.

zu nennen. Die Macht konzentriert sich bei der Europäischen Kommission, die als Regierung fungiert, und dem Europäischen Rat, in dem sich die Regierungen der Mitgliedstaaten treffen. Das Europäische Parlament ist im Vergleich zu diesen Institutionen schwach, die Lobbyverbände der großen Industrien sind dafür umso stärker. Diese strukturellen Probleme wurden in der Eurokrise noch verschärft: In Windeseile wurden weitreichende, komplexe Entscheidungen getroffen, ohne dass die Wähler_innen sich beteiligen konnten.

Durch das Scheitern der aktuellen Sparpolitik und die Rezessionen in vielen Defizitländern haben sich die Lebensbedingungen vieler Menschen massiv verschlechtert. Die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien liegt bei über 50 Prozent,¹⁰ die Armutsquote in Griechenland bei 15,2 Prozent.¹¹ Es ist daher leicht nachvollziehbar, dass viele glauben, ihre Regierungen oder die EU würden ihre Interessen nicht vertreten.

Nicht zuletzt wurden in der Eurokrise die massiven Machtungleichgewichte in Europa nochmals deutlich. Deutschland zwingt die Defizitländer auf ökonomischem Weg zu unsozialer Politik. Die Eurogruppe und insbesondere der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble haben Griechenland seit 2011 zu verheerenden Sparmaßnahmen gezwungen, obwohl inzwischen sogar der Internationale Währungsfonds (IWF) eine Umschuldung vertritt.¹² Das hat die Wahrnehmung der EU als positive Einrichtung für alle Europäer_innen geschwächt.

Fazit

Die Krise in Europa mit Wachstum lösen zu wollen verschleiert den Beitrag der globalen Finanzkrise zum Entstehen der Eurokrise, verschärft die ökologischen Krisen und lässt die Ungleichgewichte in der Eurozone ebenso unangetastet wie die demokratischen Schwachstellen der EU. Die Eurokrise ist ein Paradebeispiel dafür, wie der vorschnelle Ruf nach Wachstum eine differenzierte Betrachtung von Wirtschaft und Politik verhindert.

10 Bundeszentrale für politische Bildung: Jugendarbeitslosigkeit in Europa, Bonn 2016, unter: www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/225124/jugendarbeitslosigkeit-in-europa. **11** OECD Economic Surveys: Greece 2016, unter: www.keepeek.com/Digital-Asset-Management/oecd/economics/oecd-economic-surveys-greece-2016_eco_surveys-grc-2016-en#page9. **12** Die Zeit läuft weg, in: Le monde diplomatique, 27.3.2017, unter: <http://bit.ly/2oGnheU>.

OHNE WACHSTUM NIMMT DIE ARBEITS- LOSIGKEIT ZU UND DIE SOZIALSYSTEME BRECHEN ZUSAMMEN

«Ohne Wachstum keine Arbeitsplätze, ohne Wachstum keine Gelder für die Bildung, ohne Wachstum keine Hilfe für die Schwachen.»

Bundeskanzlerin Angela Merkel¹³

Wie wird argumentiert?

Die Bundeskanzlerin und viele andere Menschen befürchten bei ausbleibendem Wirtschaftswachstum eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Dahinter steckt die Vorstellung, dass durch den technischen Fortschritt zunehmend Maschinen menschliche Arbeit erledigen. Die wegfallenden Jobs müssen durch mehr wirtschaftliche Aktivität – eine Ausweitung der Produktion oder neue Geschäftsfelder – ausgeglichen werden. Gelingt das nicht, steigt die Zahl der Erwerbslosen. Gleichzeitig sinken die Einnahmen des Staats aus Lohnsteuer und Mehrwertsteuer, weil Beschäftigung und Konsum zurückgehen. In der Folge ist der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar.

10

Was ist dran?

In der skizzierten Argumentation spielt der technische Fortschritt eine zentrale Rolle, es lohnt sich daher, ihn näher zu betrachten. In der gegenwärtigen Form der Wirtschaft dient technischer Fortschritt dazu, die Produktivität zu erhöhen, also mehr Güter zu produzieren und dafür weniger «Produktionsfaktoren» – vor allem Arbeit – aufzuwenden. Der technische Fortschritt kommt so den Unternehmen zugute und geht zulasten der Arbeitnehmer_innen, die ihre Jobs verlieren, und oftmals auch zulasten der Umwelt, wenn menschliche Arbeitskraft durch fossile Rohstoffe oder ressourcenintensive Maschinen ersetzt wird.

¹³ Merkel, Angela: Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 10.11.2009, unter: www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/11/112-1-bk-bt.html.

Technischer Fortschritt führt aber nicht automatisch zu weniger Arbeitsplätzen und mehr Umweltzerstörung. Er kann gesteuert werden, beispielsweise durch eine Verteuerung von Rohstoffen und Energie durch Steuern oder Abgaben. Ist das der Fall, können Unternehmen ihre Forschung und ihre Investitionen danach ausrichten, den Ressourcenverbrauch und nicht die notwendige Arbeitszeit zu verringern. So können auch mit technischem Fortschritt Arbeitsplätze erhalten und die Umwelt geschont werden – und die Wirtschaft wird ein Stück unabhängiger vom Wachstum.

Selbst ohne diese Umgestaltung muss technischer Fortschritt nicht zu weniger Arbeitsplätzen führen. Der Staat kann beispielsweise durch eine Reduzierung der maximalen Arbeitszeit bei gleichzeitigem Anheben des Mindestlohns erreichen, dass alle weniger arbeiten müssen, statt dass Menschen arbeitslos werden. Dasselbe gilt für die von Gewerkschaften und Unternehmen ausgehandelten Tarifverträge.

Ebenso wie weniger Wachstum nicht automatisch weniger Arbeitsplätze bedeutet, führt es auch nicht automatisch zu weniger Steuereinnahmen. Das ist nur dann der Fall, wenn, wie derzeit, Steuereinnahmen hauptsächlich aus der Besteuerung von Gehältern und Umsatz generiert werden.¹⁴ Als Einnahmequellen können aber auch höhere Steuern auf Ressourcen, Unternehmensgewinne, Erbschaften, Vermögen und Einkommen aus Kapital dienen. Diese Steuern können gleichzeitig zu einer höheren Verteilungsgerechtigkeit führen.

Schließlich folgt aus einem Ausbleiben des Wirtschaftswachstums auch nicht automatisch ein schlechteres Bildungssystem. Wie viel Geld in Bildung fließt, ist das Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und politischer Aushandlungen. Wichtig ist die Summe des Geldes, über die der Staat durch seine Steuerpolitik verfügen kann, und der Stellenwert, den die Politik der Bildung im Vergleich zu anderen Posten (Militär, Sozialsysteme, Straßenbau etc.) zuweist.

¹⁴ Lohnsteuer und Umsatzsteuer machten 2015 zusammen etwa 54 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus; vgl. Stichwort «Steueraufkommen (Deutschland)», Wikipedia, April 2017, unter: [https://de.wikipedia.org/wiki/Steueraufkommen_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Steueraufkommen_(Deutschland)).

OHNE WACHSTUM WIRD DIE POSITION VON ARBEITNEHMER_INNEN GESCHWÄCHT

«Sie wollen Profit, wir wollen Wachstum.»

Plakatkampagne der IG Metall¹⁵

Wie wird argumentiert?

Die meisten Gewerkschaften beziehen sich weitgehend positiv auf Wirtschaftswachstum. Ihrer Ansicht nach braucht es eine starke, konkurrenzfähige und expandierende Wirtschaft, um Arbeitsplätze zu sichern und Ausbildungsplätze zu schaffen. Eine wachsende Wirtschaft mache es leichter, gewerkschaftliche Errungenschaften zu verteidigen, Lohnsteigerungen durchzusetzen und Umverteilung zu realisieren. Ohne Wachstum drohe dagegen die Gefahr, im internationalen Wettbewerb zurückzufallen (siehe Behauptung 1). Das wiederum erhöhe den Druck, Löhne zu senken und die Rechte von Arbeitnehmer_innen einzuschränken, um so die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen zu steigern.

Aus der Perspektive vieler Gewerkschaften ist es zwar wichtig, negative soziale und ökologische Auswirkungen von Wachstum zu begrenzen, doch darf das nicht auf Kosten der Beschäftigten geschehen.

Was ist dran?

Ein Wachstum an Aufträgen und insbesondere ein wachsender Bedarf an Arbeitskräften erweitern tatsächlich Verteilungsspielräume und sind vorteilhaft für Verhandlungen und Arbeitskämpfe. Vor allem wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot übersteigt, ist es für Beschäftigte und ihre Interessenvertretungen leichter, Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Steigende Umsätze, wie sie das BIP misst, bedeuten jedoch nicht automatisch einen höheren Bedarf an Arbeitskräften. Als «jobless growth» bezeichnet man Wachstum ohne die Schaf-

fung neuer Arbeitsplätze.¹⁶ Teilweise werden sogar im Zuge von wirtschaftlicher Expansion Arbeitsplätze abgebaut.

Das hängt unter anderem mit dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zusammen. Dabei verringert sich die menschliche Arbeitszeit, die notwendig ist, um einen Euro Umsatz zu erwirtschaften. Ein Grund ist der technische Fortschritt, zum Beispiel neue Maschinen oder Computersoftware. Ein anderer liegt in der Arbeitsverdichtung, also mehr zu leistender Arbeit in derselben Zeit. Es kommt nur dann zu einer Erhöhung des Arbeitskräftebedarfs, wenn das Produktionswachstum höher ausfällt als der Zuwachs der Arbeitsproduktivität (siehe Behauptung 3).¹⁷

In einer kapitalistischen Wirtschaft besteht ein permanenter Druck auf Unternehmen, ihre Produktivität zu steigern, um in der Konkurrenz mit anderen Unternehmen bestehen zu können. Was auf der einen Seite als Fortschritt gefeiert wird und hohe Profite garantiert, bedeutet auf der anderen Seite Arbeitsplatzverluste und die Zunahme von Arbeitsbelastung und Stress.

Doch muss das zwangsläufig so sein? Könnten Produktivitätszuwächse nicht auch zur Arbeitszeitreduzierung genutzt werden, anstatt die Produktion permanent auszuweiten, ohne Rücksicht auf ökologische und soziale Kosten?

Das ist nicht so einfach: Unternehmer_innen möchten möglichst viel Mehrwert aus der Arbeitskraft ziehen, Arbeitnehmer_innen ein möglichst hohes Gehalt bekommen. Wirtschaftswachstum ist gerade deswegen so populär, weil es verspricht, diesen permanenten Konflikt durch ein «mehr für alle» zu entschärfen.

Im Konflikt zwischen Arbeit und Kapital haben sich in den letzten Jahrzehnten die Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeitgeber_innen verschoben. Mit Verweis auf die Standortkonkurrenz wurden Steuern einseitig für Unternehmen gesenkt und Arbeitsrechte eingeschränkt. Infolge der Agenda 2010 wurden zudem prekäre Arbeitsverhältnisse ausgeweitet. Insbesondere Großkonzerne nutzen globale Lohngefälle, um mit Geschäftsverlagerungen zu drohen. Sie sind in der Lage, weltweit Arbeitnehmer_innen gegeneinander auszuspielen, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen.

Hier zeigt sich: Die Frage der Verteilungsspielräume ist nicht in erster Linie eine des Wachstums, sondern der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und politischer Regulierung. Um die Macht der Kapitaleseite zu begrenzen und diese Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeitenden zu verschieben, sind Gewerkschaften unverzichtbar. Es gilt daher, die Teile der Gewerkschaften zu stärken, die für wachstums- und machtkritische Themen offen sind. Tarifverhandlungen in einzelnen Branchen genügen nicht, um die Abhängigkeit von der kapitalistischen Wachstumsspirale zu durchbrechen, stattdessen sind weiterführende politische Strategien gefragt. Dabei kann an Forderungen angeknüpft werden, die in Teilen der Gewerkschaften eine lange Tradition haben¹⁸

Eine wesentliche Strategie ist eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich. Die Arbeit wird auf mehr Schultern verteilt und die Konkurrenz um Arbeitsplätze entschärft. Die Stressbelastung wird verringert und die Lebensqualität durch freiwerdende Zeit erhöht. Auch Wirtschaftsdemokratie kann hier Perspektiven bieten.¹⁹

Es ist wichtig, dass Gewerkschaften die Interessen von abhängig Beschäftigten vertreten. Es ist aber auch wichtig, dafür zu kämpfen, dass diese Abhängigkeit – die reale Notwendigkeit, seine Arbeitskraft als Lohnarbeit zu verkaufen – auf lange Sicht verringert oder gar überwunden wird.

Degrowth-Ansätze versuchen, selbstbestimmte und kollektive Formen von Arbeit zu stärken, bei denen der Sinn wichtiger ist als der Gewinn. Unternehmen, die sich im Besitz der Beschäftigten befinden und nicht die Profitinteressen von Investor_innen bedienen müssen, haben größere soziale und ökologische Spielräume und sind weniger auf Wachstum angewiesen.

Bei aller Notwendigkeit gewerkschaftlicher Interessenvertretung erfährt die Dringlichkeit der Transformation der Produktions- und Lebensweisen aus Degrowth-Perspektive in den Gewerkschaften insgesamt noch zu wenig Beachtung. Dort ist oft die Forderung zu hören, Strukturumbrüche dürften nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen. Das ist angesichts

18 Siehe z. B. die Debatten um eine Wirtschaftsdemokratie in: Demirović, Alex: Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme – Perspektiven, Münster 2007. **19** Der Anteil atypischer Beschäftigung (u. a. Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeit) stieg im Zeitraum zwischen 1991 und 2012 von 12,8 auf 21,8 Prozent; vgl. Arbeitsmarkt auf den Punkt gebracht, 5/2013, unter: www.dgb.de/themen/++co++-7b5b7678-47c2-11e3-8794-00188b4dc422.

der gegenwärtigen sozialen Ungleichheit vollkommen richtig, darf umgekehrt aber nicht dazu führen, die sozialökologische Transformation zu blockieren. Solange das Hauptaugenmerk der Gewerkschaften auf Lohnerhöhungen und Arbeitsplatzsicherung liegt (nicht selten für männliche Fachkräfte in privilegierten Positionen), ist diese Gefahr durchaus vorhanden. Gewerkschaften können zugleich ein zentraler Akteur sein, wenn es darum geht, «gerechte Übergänge» zu verwirklichen.²⁰ Es ist wichtig, dass Gewerkschaften die sozialökologische Transformation begleiten und die gewerkschaftliche Organisierung in neu entstehenden Arbeitsfeldern voranbringen.

Degrowth-Aktive sollten mit Gewerkschafter_innen ins Gespräch kommen. Gemeinsame Themen gibt es genug: Umverteilung, soziale Absicherung, die Umstrukturierung ganzer Industriezweige und nicht zuletzt Subventionen. Anstatt jährlich etwa 57 Milliarden Euro umweltschädliche Subventionen zu verteilen,²¹ könnte dieses Geld eingesetzt werden, um schädliche Industrien schrittweise abzubauen und den Beschäftigten alternative Erwerbsmöglichkeiten zu bieten – eine mögliche gemeinsame Forderung von Gewerkschaften und Degrowth-Bewegung.

20 Zum Konzept der gerechten Übergänge oder «just transitions» vgl. z. B. die Beiträge in: Luxemburg 1/2011; Räthzel, Nora/Uzzell, David/Jackson, Tim: Trade Unions in the Green Economy: Working for the Environment, Routledge 2012; Flemming, Jana/Brand, Ulrich: Positionen internationaler Gewerkschaften in der Klimapolitik. Informationen zur Umweltpolitik, Wien 2017. **21** Vgl. Umweltbundesamt: Umweltschädliche Subventionen in Deutschland 2016, Berlin 2017, unter: www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltschaedliche-subventionen-in-deutschland-2016.

OHNE WACHSTUM KÖNNEN WIR UNS KEINEN UMWELTSCHUTZ LEISTEN

«Immer höhere Umweltschutzanforderungen können nur umgesetzt werden, wenn die Wirtschaft wächst und Wohlstand und Arbeitsplätze gesichert sind.»

BMW²²

Wie wird argumentiert?

Umweltschutz ist nicht zum Nulltarif zu haben, vielmehr sind Investitionen in umweltschonende Techniken notwendig. Darüber hinaus bemüht sich eine Gesellschaft erst dann um Umwelt- und Ressourcenschutz, wenn die Bevölkerung einen gewissen Lebensstandard erreicht hat.

Daraus folgt, dass Wirtschaftswachstum nicht Ursache von Umweltzerstörung ist, sondern Voraussetzung für eine umweltschonendere Wirtschaftsweise, sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden.

16

Was ist dran?

Zunächst sind drei verschiedene Strategien zu unterscheiden, mit denen Umweltzerstörung und Ressourcenverbrauch verringert werden können:

1. Öko-Effizienz²³ («besser»): Durch effizientere Technik können die gleichen Produkte und Dienstleistungen mit weniger Umweltverschmutzung bereitgestellt werden – zum Beispiel wärmedämmte Häuser, sparsamere Motoren.²⁴
2. Konsistenz («anders»): Wirtschaftskreisläufe sind natürlichen Kreisläufen anzupassen, das heißt, Ressourcen sollen nicht gewonnen, verarbeitet und am Ende entsorgt werden, sondern sind immer wieder der Nutzung zuzuführen, wobei die nötige Energie dafür aus erneuerbaren Quellen stammt – Wärmedämmung aus natürlichen Rohstoffen oder Motoren, die mit pflanzlichen Kraftstoffen funktionieren.

²² Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Bericht zur Information des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung auf der Sitzung am 9.2.2009, unter: www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/bmwirtschaft-nachhaltigkeitsbericht.pdf?__blob=publicationFile. ²³ Effizienz bezieht sich hier auf den Einsatz von Rohstoffen und Energie, nicht von Arbeitszeit. ²⁴ Zu den Möglichkeiten dieser Strategie vgl. Weizsäcker, Ernst Ulrich von/Smith, Michael/Hargroves, Karlson: Faktor 5, München 2010.

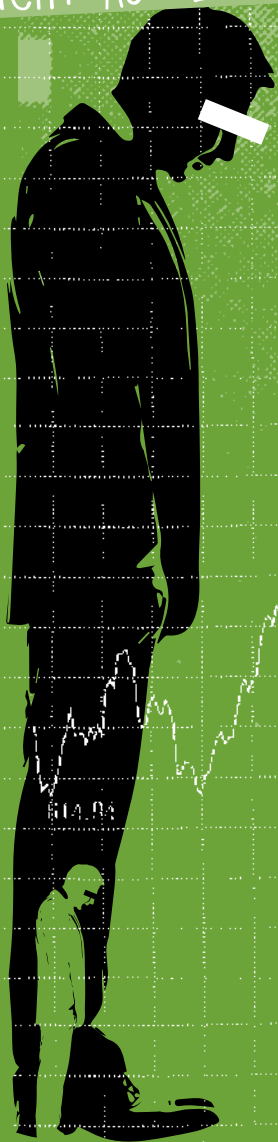
3. Suffizienz («genug»): Bei dieser Strategie wird versucht, nur so viel zu produzieren und konsumieren, wie die Natur verkraftet. Suffizienzstrategien für Häuser zielen beispielsweise darauf ab, vorhandenen Wohnraum gerecht aufzuteilen und bestehende Häuser zu sanieren, statt auf der grünen Wiese neue zu bauen. Hinsichtlich Motoren ginge es um eine Stärkung von Bus, Bahn und Carsharing gegenüber dem individuellen Besitz von Autos, um insgesamt weniger Motoren zu brauchen. Für Länder mit einem großen ökologischen Fußabdruck wie Deutschland bedeutet Suffizienz (beim heutigen Stand von Effizienz und Konsistenz) eine Verringerung der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Die Strategien Öko-Effizienz und Konsistenz sind – im Allgemeinen – auf den Einsatz neuer Technik angewiesen, die entwickelt und produziert werden muss und damit Kosten verursacht.²⁵ Manche Verfechter_innen von Wachstumspolitik behaupten, dass es wirtschaftliches Wachstum brauche, um diese Kosten zu decken und notwendige Investitionszyklen anzustoßen. Hierzu zwei Gegenargumente:

1. Die Strategie der Suffizienz wird ignoriert. Wirtschaftsliberale Politiker_innen und Wissenschaftler_innen gehen oft davon aus, dass es nur technische Lösungen gibt, um zum Beispiel den Ausstoß von Klimagasen zu verringern. Sie übersehen dabei, dass auch ein Weniger an Produktion und Konsum möglich ist. Das ist einer der Kerngedanken möglicher Postwachstumsökonomien, in denen dadurch nicht automatisch weniger, sondern ein anderer Wohlstand und mehr Lebensqualität möglich sind.
2. Ein Blick auf die Statistik zeigt, dass nur ein sehr geringer Teil des BIP in umweltschonendere Technik fließt – laut Umweltministerium lag der «GreenTech»-Anteil im Jahr 2013 bei 13 Prozent,²⁶ also bei etwa 367 Milliarden Euro. Das legt den Schluss nahe, dass es nicht mehr Wirtschaftsleistung braucht, um eine grünere Wirtschaft zu finanzieren, sondern eine Umlenkung der Investitionen aus umweltschädlichen

²⁵ Dies gilt vor allem für die industrielle Produktion. Natürlich ist auch ein Lastenrad oder eine Wassermühle eine – im Vergleich zu fossil betriebenen Geräten – öko-effizientere Technik. ²⁶ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit: GreenTech made in Germany 4.0, 2014, unter: www.greentech-made-in-germany.de/fileadmin/user_upload/greentech_atlas_4_0_bf.pdf.

WACHSTUMSFIXIERUNG VERSPERRT SICHT AUF LÖSUNGEN



Bereichen. Dieser Eindruck wird noch bestärkt durch einen Blick auf umweltschädliche Subventionen, die in Deutschland 2012 immerhin 57 Milliarden Euro betragen.²⁷

Bleibt noch der zweite Teil der Argumentation: Die Bevölkerung interessiert sich erst für Umweltschutz, wenn die elementaren Bedürfnisse des Lebens gedeckt sind und ein gewisses Maß an materiellem Wohlstand erreicht ist. Diese Einschätzung, abgeleitet aus der Überwindung von regionalen Umweltproblemen wie saurem Regen in den 1980er Jahren, wurde von Ökonom_innen in Gestalt der Umwelt-Kuznets-Kurve formalisiert.²⁸ Sie besagt, dass die Umweltzerstörung in einem Land mit zunehmenden Einkommen erst zu-, dann aber wieder abnimmt. Eine ähnliche Argumentation, die das Wirtschaftswachstum selbst als Lösung für Umweltprobleme proklamiert, lautet, dass mit zunehmendem Reichtum die (ressourcenhungrige) Güterproduktion dem (vermeintlich ressourcenschonenden) Dienstleistungssektor weicht.

Folgt man der Argumentation, müssten Staaten mit einem vergleichsweise geringen BIP pro Kopf erst sehr viel reicher werden, bevor sie ihre Wirtschaft umweltgerecht gestalten können. Auf den ersten Blick ist das plausibel, wenn wir an die Geschichte der früh industrialisierten Länder oder aktuell an China denken. Untersuchungen zeigen jedoch, dass die Umwelt-Kuznets-Kurve nur für einige Umweltschäden gilt, für die bedrohlichsten aber nicht. Beim Klimawandel etwa steigt der Treibhausgasausstoß mit wachsender Wirtschaft.²⁹ Darüber hinaus wird oft übersehen, dass es in materiell wohlhabenden Ländern zwar zur Reduzierung umweltschädigender Produktion kommt, nicht aber zur Verringerung des Konsums. Die Produktion für diesen Konsum wurde also in andere Länder verlagert – das wird als «ökologischer Rucksack» bezeichnet –, verursacht wird sie jedoch weiterhin in wohlhabenden Ländern.

Eine wachsende Wirtschaft und ein hohes Maß an materiellem Wohlstand sind also keine notwendigen Voraussetzungen für eine umweltschonende Wirtschaftsweise und ökologisches Be-

27 Umweltbundesamt: Umweltschädliche Subventionen in Deutschland 2016. **28** Stichwort «Kuznets-Kurve», in: Wikipedia, April 2017, unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Kuznets-Kurve>. **29** Vgl. Stern, David I.: The Environmental Kuznets Curve, 2003, unter: <http://secoeco.org/pdf/stern.pdf>. Die Frage, inwiefern diese Korrelation entkoppelt werden kann, wird in Behauptung 8 diskutiert.

wusstsein. Eine wachstumsfixierte Wirtschaft und ein enges, rein materielles Wohlstandsverständnis versperren vielmehr die Sicht auf die günstigste Umweltschutzstrategie – weniger Produktion und Konsum (siehe auch Behauptung 8).

6

OHNE WACHSTUM SCHAFFEN WIR ES NIE, HUNGER UND ARMUT IM GLOBALEN SÜDEN ZU ÜBERWINDEN

«Ohne Wirtschaftswachstum sind die Armen nicht aus der Armut herauszuholen.»

UNEP-Chef Erik Solheim³⁰

Wie wird argumentiert?

Wachstum ist, so heißt es oft, das effektivste Mittel zur Armutsbekämpfung. Denn wenn der gesamte Kuchen wächst, dann bekommen auch die Ärmsten ein größeres Stück davon – so die sogenannte trickle-down-Theorie («trickle down», engl. für heruntertröpfeln). Oder, in einem ähnlichen Bild gesprochen: Eine steigende Flut hebt alle Boote («a rising tide lifts all boats»). Globales Wachstum ist die notwendige Voraussetzung, um Armut generell, aber besonders um Hunger und Armut im globalen Süden zu überwinden.

Was ist dran?

Der Zusammenhang zwischen Wachstum, Armut und Ungleichheit ist ausgesprochen kompliziert und Thema umfassender Studien und lebhafter Diskussionen.³¹ Im Folgenden sollen die historischen Entstehungsgründe nur skizziert und eine kurze Beschreibung der aktuellen Lage versucht werden.

Um Hunger und Armut im globalen Süden zu beseitigen, müssen zunächst die Ursachen für diese Probleme betrachtet wer-

30 «Ohne Wachstum gibt es kein Ende der Armut». Interview mit dem neuen UNEP-Chef Erik Solheim, in: Der Tagesspiegel, 21.8.2016, unter: www.tagesspiegel.de/politik/neuer-unep-chef-erik-solheim-ohne-wachstum-gibt-es-kein-ende-der-armut/14434508.html. **31** Vgl. z. B. United Nations Development Programme: Human Development Report, 2016, unter: <http://hdr.undp.org/en>; OECD: Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern, 2008, unter: www.oecd.org/social/41525363.pdf.

den. Die Länder des globalen Südens (auch «Entwicklungsländer» genannt) sind nahezu alle ehemalige Kolonien. Ihre Bevölkerungen wurden also zu verschiedenen Zeitpunkten in den letzten 500 Jahren unterworfen und unterdrückt, bevor sie sich (zumindest politisch) von der Kolonialherrschaft befreit haben. Ihre Wirtschaft wurde darauf ausgerichtet, den Kolonisa-
tor_innen Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und Reichtum zu verschaffen. Ursprüngliche Bewohner_innen wurden vielfach von ihrem Land vertrieben und dieses wurde privatisiert. Traditionelle kleinbäuerliche Landwirtschaft wurde und wird bis heute zerstört und die Menschen wurden zu lohnabhängigen Arbeiter_innen gemacht. In diesem Unterwerfungsprozess, erzwungen durch die aggressive Expansions- und Wachstumspolitik der Kolonialisierung, liegen die wichtigsten Ursachen für Hunger und Armut im globalen Süden.³² Auch wenn die Länder des globalen Südens heute formal unabhängig sind, so fungieren sie auf dem kapitalistischen Weltmarkt noch immer als billige Rohstofflieferanten.

Nun zu behaupten, Hunger und Armut im globalen Süden könnten nur mit Wachstum überwunden werden, ignoriert entweder deren Gründe oder geht das Problem nicht an der Wurzel an. Eine sinnvolle Strategie wäre stattdessen die Umstrukturierung der globalen Produktionsketten und Handelsbeziehungen. Das hieße, die Regeln des globalen Handels den unterschiedlichen Anforderungen verschiedener Staaten anzupassen und nicht Regeln aufzustellen, die den globalen Norden bevorteilen. Diese neuen Regeln sollten soziale und ökologische Mindeststandards beachten und für faire Welthandelspreise sorgen. Die Welthandelsorganisation WTO und ähnliche Institutionen müssen demokratisiert werden.³³ Und schließlich sollte sich die globale Handelspolitik nicht auf Wachstum ausrichten, sondern an der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen orientieren. Das kapitalistische Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte hat also weder Wohlfahrt für alle noch gleiche Gesellschaften hervorgebracht. Es hat zwar vor allem in Schwellenländern – insbesondere in den asiatischen «Tigerstaaten», in China und

21

32 Nach westlichen Maßstäben lebten die Bevölkerungen der kolonisierten Erdteile auch vor der Unterwerfung größtenteils in Armut. Das ist eine problematische Verallgemeinerung und eine Frage der Definition – mehr dazu unter: <https://de.wikipedia.org/wiki/Armut>. **33** Vgl. Forum Fairer Handel: Forderungen des Fairen Handels an die Welthandelspolitik, unter: www.inkota.de/fileadmin/user_upload/Material/Forderungen_Welthandel.pdf.

Indien, durch den Rohstoffboom der letzten 15 Jahre auch in lateinamerikanischen Gesellschaften – Millionen von Menschen aus der Armut geholfen. Doch erstens betrifft das eben nur einige Staaten, zweitens geschah das unter dem Diktum des kapitalistischen Weltmarkt- und Wachstumsimperativs und drittens wuchsen gleichzeitig in diesen Regionen die sozialen Ungleichheiten. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung waren und sind teils fatal,³⁴ wie beispielhaft der stellvertretende chinesische Umweltminister Pan Yue bereits 2005 in einem Interview einräumte: «Das Wirtschaftswunder ist bald zu Ende, denn die Umwelt hält nicht mehr mit: Auf einem Drittel des chinesischen Territoriums geht saurer Regen nieder, [...] ein Viertel der Bürger hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Ein Drittel der Städter müssen stark verdreckte Luft einatmen, weniger als 20 Prozent des städtischen Mülls werden umweltverträglich entsorgt.»³⁵ Global gesehen, besonders im subsaharischen Afrika, wurden die Hoffnungen auf «nachholende Entwicklung» bitter enttäuscht: Das Wachstum der reichen Länder war im letzten halben Jahrhundert viel schneller als in Lateinamerika, Afrika und Teilen Asiens.³⁶

Eine Studie der britischen New Economics Foundation hat gezeigt, wie unterschiedlich die Länder vom globalen Wachstum profitieren: Von je 100 Euro, die die Weltwirtschaft wächst, verringern nur 0,60 Euro die Armut der mehr als eine Milliarde Menschen, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben.³⁷ Das heißt, dass aktuell für jeden US-Dollar an Armutsreduzierung die Weltwirtschaft um 166 US-Dollar wachsen müsste. Globales Wachstum in solchen Größenordnungen wird es kaum geben, zumal es die ökologische Krise massiv verschärfen würde, deren Kosten wiederum vor allem von den Ärmsten getragen würde. Angesichts des Zusammenhangs zwischen Wachstum, Klimawandel und steigendem Meeresspiegel gewinnt das Motto «Die Flut hebt alle Boote» eine neue und zynische Bedeutung.

34 Vgl. Lee, Felix: Chinas neue Super-Ungleichheit, 2012, Zeit Online, 21.12.2012, unter: <http://blog.zeit.de/china/2012/12/21/chinas-neue-super-ungleichheit/>; Ungleiches China, Zeit Online, 23.1.2014, unter: www.zeit.de/wirtschaft/2014-01/china-ungleichheit. **35** Zit. nach: Bundeszentrale für politische Bildung: Umweltsituation und Umweltpolitik in China, 2006, unter: www.bpb.de/apuz/29361/umweltsituation-und-umweltpolitik-in-china. **36** Vgl. United Nations Development Programme: Human Development Reports, unter: <http://hdr.undp.org/en>. **37** Vgl. Woodward, David/Simms, Andrew: Growth isn't working, London 2006.

Auch bei den privaten Haushalten hat die globale Ungleichheit dramatische Züge angenommen: Der erste Bericht zur globalen Vermögensverteilung 2008 belegte, dass mehr als die Hälfte des globalen Vermögens den reichsten zwei Prozent der Menschheit gehört. Die ärmsten 50 Prozent der Menschen besitzen dagegen ein Prozent des globalen Vermögens.³⁸ Diese Ungleichheit hat während des 20. Jahrhunderts drastisch zugenommen und spitzt sich weiter zu.³⁹ Laut dem neuesten Oxfam-Bericht zur Verteilung des Reichtums in der Welt besitzen inzwischen acht Männer so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen.⁴⁰

Wirtschaftswachstum per se verringert also weder Armut noch Ungleichheit, ganz im Gegenteil: Historisch hat das kapitalistische Wachstum beide dramatisch verschärft. Viel wichtiger als die Steigerung des Gesamtreichtums ist seine Verteilung.

Das soll umgekehrt nicht heißen, dass Länder des globalen Südens nicht wachsen sollen. Um Hunger und Armut im globalen Süden entgegenzuwirken, ist zum Beispiel der Auf- und Ausbau von Infrastrukturen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Grundversorgung und Mobilität nötig. Solche Investitionen sind jedoch nicht gleichzusetzen mit Wirtschaftswachstum per se. Dieses bedeutet in Ländern des globalen Südens nur allzu häufig: Landgrabbing, Aufbau von Sonderwirtschaftszonen, Neuerschließung von fossilen Energieträgern oder Luxusfreizeitmöglichkeiten für Reiche. Wie so oft lautet auch hier die Frage: *Wem nützt welches Wachstum?*

Die Länder des globalen Nordens sollten indessen ihren Naturverbrauch so reduzieren, dass der oben genannte Aufbau von grundlegenden Infrastrukturen im globalen Süden ökologisch verträglich und selbstbestimmt möglich ist.

DIE LEUTE WOLLEN NUN MAL IMMER MEHR HABEN, DESWEGEN BRAUCHEN WIR WACHSTUM

«Bedürfnisse sind individuelle Wünsche, die ein Mangelgefühl erzeugen. Sie sind unbegrenzt und veränderbar. Sie sind die zentrale Antriebskraft wirtschaftlichen Handelns.»

Cornelsen Lehrbuch «Volkswirtschaftslehre»⁴¹

Wie wird argumentiert?

Wenn Bedürfnisse prinzipiell unbegrenzt sind, dann leben wir immer in einer Welt der Knappheit, denn die unbegrenzten Wünsche jedes Menschen lassen sich auch mit immer mehr Waren nie erfüllen. Und genau aus dieser Knappheit erwächst menschliche Kreativität: «Die ökonomische Knappheit ist eine unschlagbare Triebkraft. Der daraus entstandene technische Fortschritt ist es, der das Wachstum immer wieder aufs Neue grenzenlos gemacht hat und dies wohl auch in Zukunft zu tun verspricht. Der Druck der ökonomischen Knappheit setzt immer wieder kreative Neuerungen durch und verschiebt unsere Grenzen nach außen.»⁴² Die unbegrenzten Bedürfnisse jedes einzelnen Menschen sind also zugleich Ursache von Knappheit und Grundlage für die immer wieder neue Überwindung der Knappheit, die sich in unbegrenztem Wirtschaftswachstum niederschlägt.

Was ist dran?

Die Grundannahme, dass Bedürfnisse unbegrenzt seien, ist irreführend. Das Wort «Bedürfnis» für alle erdenklichen Wünsche der Menschen zu verwenden, stiftet viel Verwirrung.⁴³ Es ist ein Wort aus der ökonomischen Wissenschaftssprache. Früher bezeichnete ein Bedürfnis in der Alltagssprache ein unauf-schiebbares Verlangen, beispielsweise sofort die Toilette aufzusuchen, oder das Bedürfnis eines laut schreienden Babys nach

⁴¹ Behrends, Sylke u. a.: VWL Volkswirtschaftslehre. Cornelsen Lehrbuch, Berlin 2013, unter: www.cornelsen.de/fm/1272/Teildruck_VWL_9783464958810.pdf. ⁴² Horn, Karen: Warum ist das Wachstum grenzenlos? Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 14.5.2008, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/erklarer-mir-die-welt-100-warum-ist-das-wachstum-grenzenlos-1544871.html. ⁴³ Vgl. Sachs, Wolfgang (Hrsg.): Wie im Westen so auf Erden, Reinbek 1993.

Milch. Den Wunsch nach einem großen Auto, nach Erdbeeren im Winter oder nach einer Flugreise übers Wochenende nach Barcelona als «Bedürfnis» zu bezeichnen, erzeugt dagegen gedankliche Verwirrung, denn dann erscheinen diese Ansinnen als genauso wenig diskutierbar wie das Bedürfnis nach der Entleerung der Blase. Sie als Wünsche zu benennen, eröffnet hingegen die Möglichkeit, über die Angemessenheit dieser Wünsche zu sprechen.

Menschen zeichnen sich dadurch aus (und vielleicht können das auch einige andere Tiere), dass sie Wünsche erster Ordnung und Wünsche zweiter Ordnung entwickeln können.⁴⁴ Ein Wunsch erster Ordnung ist zum Beispiel der Wunsch, sofort ein großes Eis zu essen, ein Wunsch zweiter Ordnung ist es, aus gesundheitlichen Gründen weniger Zucker zu sich zu nehmen. Welcher Wunsch in der Ausführung siegt, ist je nach Situation verschieden. Wünsche erster Ordnung entstehen aus spontanen Lust- und Unlustgefühlen, Wünsche zweiter Ordnung entstehen aus Nachdenken und moralischen Grundsätzen. Ein wesentliches Ziel in der Begleitung von Kindern ist es, den kleinen Menschen zu helfen, begründete Wünsche zweiter Ordnung zu entwickeln und dafür Wünsche erster Ordnung temporär oder vollständig zurückstellen zu können. Wir sehen es im Alltag als ein Zeichen von menschlicher Reife an, wenn sich Handlungen nicht ausschließlich aus spontanen Lust- und Unlustgefühlen ableiten, sondern eingebettet sind in Wünsche zweiter Ordnung.

Die Zusammenfassung von Wünschen erster und zweiter Ordnung unter den Begriff Bedürfnisse soll uns plausibel erscheinen lassen, dass zum Beispiel das Lustgefühl eines Mannes beim Anblick eines SUV die Begründung für die Produktion von immer mehr riesigen Autos ist. Die wachstumskritische Diskussion greift diese Absurdität auf und begreift Menschen nicht als willenlose Anhängsel ihrer Konsum«-bedürfnisse», sondern als Wesen, die fähig sind, beispielsweise den Wunsch zweiter Ordnung zu entwickeln, diesen Planeten für die Nachwelt bewohnbar zu erhalten. Mit allen Konsequenzen für die Wünsche erster Ordnung, die daraus entstehen.

Glücklicherweise führt das gerade nicht zu einem lustfeindlichen, asketischen Leben – im Gegenteil. Denn anders als die

⁴⁴ Schulte, Peter: Philosophie verständlich – Harry G. Frankfurt, 2005, unter: www.philosophieverstaendlich.de/freiheit/modern/frankfurt.html.

Wirtschaftswissenschaften dies im Modell des homo oeconomicus annehmen, sind Menschen keine nutzenmaximierenden Egoist_innen mit beliebigen, nie erfüllbaren Wünschen, sondern Beziehungswesen. Sie sind komplexe Wesen mit komplexen Handlungsmotivationen, von denen Eigennutz nur eine unter vielen ist.⁴⁵ Ähnlich anderen Rudeltieren wie Wölfen oder Bonobos leben Menschen als soziale Wesen in Gruppen und sorgen füreinander; das In-Beziehung-Sein ist eine Grundlage des Menschseins. Daher ist die Möglichkeit von Resonanz,⁴⁶ also sich durch die Beziehung mit einem Gegenüber – seien das andere Menschen, Dinge, Kunst oder Natur – berühren und verändern zu lassen, eine entscheidende Voraussetzung für ein gutes Leben. Wird dieses Verlangen nach Resonanz nur unzureichend erfüllt, fühlen Menschen sich entfremdet⁴⁷ – sich selbst und ihrer Umwelt fremd geworden.

Eine Möglichkeit, dieses Verlangen zu befriedigen, die die Gesellschaften des globalen Nordens für die wohlhabendere Mehrheit ihrer Bevölkerungen zur Verfügung stellen, ist Konsum. Die Werbebranche spielt offensiv damit, indem ein Auto, ein Parfum oder ein Joghurt mit einem Erleben von Resonanz verknüpft wird: Das Auto gibt Freiheit, das Parfum bringt Anziehung und der Joghurt verhilft zur Aufnahme in den Club der ernährungsbewussten, schönen Menschen. Auf diese Weise werden ständig neue Wünsche erzeugt, die in einem kapitalistischen Markt notwendig sind, um mit Waren Profite zu erwirtschaften. Es ist also nicht die Knappheit an Gütern, die zu Kreativität und technischer Innovation führt, sondern Kreativität und Erfindergeist werden eingekauft, um mit neuen Produkten neue Absatzmärkte erschließen zu können. Nicht zufällig entstand die französische Postwachstums-Bewegung («Décroissance») im Umfeld von Werbegegner_innen.⁴⁸ Postwachstumsdenker_innen rufen in Erinnerung, dass es Hunderttausende Arten von Resonanzbeziehungen gibt, die nicht an Kaufen gekoppelt sind – doch dafür braucht es Zeit und Räume.

Werden die Unterschiede zwischen unaufschiebbaren Bedürfnissen und verhandelbaren Wünschen ernst genommen, dann folgt daraus eine Umkehrung der gesellschaftlichen Wertschät-

zung von Tätigkeiten: das Anbauen von Lebensmitteln, das Kochen, das Kümmern um die Funktionsfähigkeit der uns umgebenden Dinge, die Sorge für sehr kleine und sehr alte Menschen rücken dann in das Zentrum des Wirtschaftens,⁴⁹ denn sie befriedigen tatsächlich nicht nur Wünsche, sondern sind lebensnotwendig. Und diese unaufschiebbaren Bedürfnisse – nach einem sauberen und trockenen Po, nach Essen und Trinken, nach einem angenehm temperierten Wohnraum – diese Bedürfnisse sind, zur Überraschung der Wirtschaftswissenschaftler_innen: begrenzt. Wenn der Po sauber ist, wäre es schmerzhaft, ihn immer weiter zu waschen; wenn der Magen voll ist, wehrt er sich, wenn mehr Essen hineingestopft wird; und wenn der Wohnraum 50 statt 20 Grad hat, ist es dort nicht lange auszuhalten. In der Erfüllung dieser Bedürfnisse geht es nicht um eine unendliche Steigerung, sondern um das richtige Maß.

8

GRÜNES WACHSTUM IST DER AUSWEG

27

«In den Industrieländern haben wir doch längst qualitatives Wachstum erreicht – ein Wachstum des Wissens, das uns Ressourcen und Umwelt schonende Produktionsverfahren beschert.»

Karl-Heinz Paqué, Ökonom⁵⁰

Wie wird argumentiert?

Auf die einfache Erkenntnis, dass unbegrenztes Wachstum auf einer begrenzten Welt nicht möglich ist, entgegnen einige Volkswirtschaftler_innen, dass Wachstum differenzierter zu betrachten ist. Sie argumentieren, dass die (kapitalistische) Wirtschaft auch ohne zunehmenden Umweltverbrauch wachsen kann, eben qualitativ und nicht quantitativ – grünes Wachstum. Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung können entkoppelt werden.

⁴⁹ Praetorius, Ina: Wirtschaft ist Care, oder die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen, Berlin 2015. ⁵⁰ Zit. nach: Dürand, Dieter: Ist Wachstum zerstörerisch? Ein Streitgespräch mit Karl-Heinz Paqué und Meinhard Miegel, in: Wirtschaftswoche, 20.3.2012, unter: www.wiwo.de/technologie/umwelt/streitgesprach-wachstumszwang-der-unternehmen/6331162-4.html.

Was ist dran?

Natürlich können der Einsatz öko-effizienter Technik, die Nutzung erneuerbarer Energien und das Recycling von Wert- und Rohstoffen dabei helfen, Umweltverschmutzung, Emissionen und Ressourcenverbrauch zu verringern. Dadurch wird allerdings der grundsätzliche Zusammenhang zwischen der Menge an wirtschaftlicher Produktion und dem damit einhergehenden Umweltverbrauch nicht aufgehoben. Grüne Technik kann diesen Zusammenhang allenfalls abschwächen. Ein Mehr oder Weniger an Produktion wird damit aber nicht «umweltneutral». Was bei dem Plädoyer für ein grünes Wachstum oft übersehen wird, ist, dass die Einführung effizienter Technik weitere Effekte zur Folge hat. In der marktwirtschaftlichen Praxis sieht das dann meist so aus: Grüne Technik ermöglicht eine effizientere und damit billigere Bereitstellung eines Gutes oder einer Dienstleistung. Die Reaktion darauf ist ein Mehrverbrauch an dieser oder anderer Stelle – der sogenannte Rebound-Effekt.⁵¹ Ein direkter Rebound liegt vor, wenn in einem Haushalt zum Beispiel als Reaktion auf niedrigere Heizkosten wegen besserer Dämmung die Zimmertemperatur erhöht wird. Ein indirekter Rebound-Effekt besteht, wenn durch eine kostensparende effiziente Technik, zum Beispiel ein sparsameres Auto, mehr Geld zur Verfügung steht, das für andere umweltschädigende Aktivitäten genutzt wird, etwa eine Flugreise. Das Ergebnis des Rebound-Effekts ist, dass die theoretisch möglichen Einsparungen anteilig oder ganz verloren gehen oder es sogar zu einem Mehrverbrauch kommt (sogenannter Backfire-Effekt). Die jeweiligen Rebound-Effekte technischer Neuerungen (insbesondere die indirekten) sind schwierig zu ermitteln, und entsprechend umstritten ist die Frage, wie groß Rebound-Effekte tatsächlich sind.⁵² Die Praxis zeigt, dass – allen technischen Innovationen zum Trotz – zahlreiche negative Umweltauswirkungen unseres Wirtschaftens nicht genug abgenommen haben. Das gilt sowohl auf globaler Ebene (siehe Behauptung 2) als auch auf nationaler. So hatte Deutschland 2015 trotz Energiewende mit Abstand die höchsten Treibhausgasemissionen in der EU zu verzeichnen und lag bei den Pro-Kopf-Emissionen an sechster Stelle, weit

⁵¹ Vgl. ausführlich Santarius, Tilman: Der Rebound-Effekt. Ökonomische, psychische und soziale Herausforderungen für die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch, Marburg 2015. ⁵² Hier spielt wiederum auch die Verlagerung von Industrien und damit einhergehende Umweltauswirkungen in anderen Ländern eine Rolle; siehe auch Behauptung 5.

über dem europäischen Durchschnitt.⁵³ Anscheinend reichen also Effizienzgewinne und der Ausbau erneuerbarer Energien nicht aus, wenn die damit erzielten Einsparungen durch ein Mehr an Produktion und Konsum zunichtegemacht werden.

Die Strategie des grünen Wachstums ist allerdings nicht nur nicht ausreichend – sie führt auch zu weiterer ökologischer Zerstörung. Sie bildet sowohl die Rechtfertigung für den Einsatz fragwürdiger ökonomischer politischer Instrumente⁵⁴ und die Inwertsetzung⁵⁵ von Natur als auch die Legitimation für die Entwicklung und die Nutzung neuer, riskanter Techniken. Ersteres hat schon heute zerstörerische Auswirkungen für Natur und Menschen, vor allem in Ländern des globalen Südens. Beispiele hierfür sind die Biokraftstoffrichtlinie der EU,⁵⁶ die zum großflächigen Anbau von Energiepflanzen mit katastrophalen Folgen führt oder die Zertifizierung von Palmöl.⁵⁷ Und riskante Techniken schaffen ebenfalls schon jetzt weitere ökologische Probleme, wie etwa Fracking und der Einsatz genmanipulierter Pflanzen, oder drohen dies in Zukunft zu tun, zum Beispiel durch die geplante Speicherung von CO₂ oder Geoengineering.⁵⁸

Schließlich hat die Idee des grünen Wachstums aber auch noch einen ideologischen Gehalt. Sie ermöglicht ein «Weiter so» des wachstumsfokussierten Wirtschaftens, inklusive der damit einhergehenden Machtstrukturen und täglicher Ausbeutung. Dadurch verstellt das Konzept «grünes Wachstum» die Sicht auf die Notwendigkeit, grundsätzlich über unsere Produktions-, Verteilungs- und Konsumweisen mit all ihren ökologischen und sozialen Schief lagen nachzudenken. Am Ende kommen wir dabei vielleicht zu dem Schluss, dass wir lieber gemeinsam darüber bestimmen wollen, was wir wie produzieren, als «den Markt» darüber entscheiden zu lassen.

53 European Environment Agency: Trends and Projections in Germany 2016, unter: www.eea.europa.eu/themes/climate/trends-and-projections-in-europe/country-profiles-greenhouse-gases-and-energy/germany-ghg-and-energy-country-profile.pdf **54** Unter ökonomischen Instrumenten werden Gesetze, Verordnungen etc. verstanden, die den Verbrauch von Umwelt (Wasser, Luft, Boden etc.) mit Kosten belegen. Beispiele sind Ökosteuern oder der europäische Emissionshandel. **55** Inwertsetzen von Natur bedeutet, der Umwelt (Tiere, Pflanzen, Wälder, Ökosysteme) einen Preis zu geben. Einerseits ist deren Nutzung dann nicht länger kostenlos möglich, andererseits kann jeder Verbrauch oder jede Zerstörung gerechtfertigt werden, wenn der Preis gezahlt wird. **56** Vgl. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:123:0042:0046:DE:PDF>. **57** Vgl. z. B. Brand, Ulrich: *Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, luxemburg argumente Nr. 3, 4. Aufl., Berlin 2015, unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Argumente/lux_argu_GreenEconomy_dt_10-2015.pdf; Unmüßig, Barbara/Fatheuer, Thomas/Fuhr, Lili: *Kritik der grünen Ökonomie*, München 2015; Hartmann, Kathrin: *Aus kontrolliertem Raubbau, München 2015*. **58** Umweltbundesamt: *Geo-Engineering – wirksamer Klimaschutz oder Größenwahn?*, 2011, unter: www.umweltbundesamt.de/publikationen/geo-engineering-wirksamer-klimaschutz-groessenwahn.

GEMEINSAM BESTIMMEN, WAS PRODUZIERT WIRD

WAS BRAUCHEN WIR WIRKLICH?
WIE VIEL WOLLEN WIR DAFÜR ARBEITEN?
WIE KÖNNEN WIR ÖKOLOGISCH PRODUZIEREN?



SKANDAL POSTWACHSTUM

In den bisherigen acht Kapiteln haben wir versucht, die gängigsten Mythen zum «alternativlosen» Wachstum zu entkräften. Damit sind wir nicht allein. Postwachstum, Degrowth, Décroissance – das sind die Schlagworte einer wachsenden europäischen Bewegung von Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen, die das vorherrschende Entwicklungsmodell des kontinuierlichen kapitalistischen Wachstums kritisiert.

Die Kritik am Wirtschaftswachstum ist fast so alt wie das Phänomen selbst. Eine neue Dimension bekam sie, als der erste Bericht an den Club of Rome 1972 der Öffentlichkeit die Endlichkeit der Ressourcen auf diesem Planeten vor Augen führte. Die damals angestoßene breite gesellschaftliche Diskussion über «Die Grenzen des Wachstums» ist bis heute nicht verstummt. Der wichtigste neue Impuls im 21. Jahrhundert kam von der Décroissance- oder Degrowth-Bewegung, die sich in den vergangenen zehn Jahren von Frankreich über Spanien und Italien in den angelsächsischen Raum ausgebreitet hat und nun auch in Deutschland präsent ist.

Degrowth, was so viel heißt wie Ent-Wachstum oder Wachstumsrücknahme, ist eingebettet in ein breiteres Feld von Wachstumskritik. Dieses umfasst konservative Wachstumskritik, sozialreformerische Ansätze für eine Postwachstumsgesellschaft und suffizienzorientierte, auf individuellen Verzicht abzielende Vorschläge. Degrowth verstehen wir als den herrschaftskritischen und emanzipatorischen Teil der Wachstumskritik, der stark durch feministische und kapitalismuskritische Argumente geprägt ist.⁵⁹

Degrowth steht für einen Transformationspfad hin zu Formen des Wirtschaftens und der gesellschaftlichen (Selbst-)Organisation, in denen das Wohlergehen aller im Zentrum steht und die ökologischen Lebensgrundlagen erhalten werden. Dies schließt eine grundlegende Veränderung des alltäglichen Um-

31

⁵⁹ Zur Einführung in verschiedene Strömungen der Wachstumskritik vgl. Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich: Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise. München 2010; Schmelzer, Matthias: Spielarten der Wachstumskritik: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung, in: Atlas der Globalisierung: Weniger wird mehr, Berlin 2015, S. 116–121; Eversberg, Dennis/Schmelzer, Matthias: Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 1/2016, S. 9–17.

gangs miteinander und einen umfassenden kulturellen Wandel ebenso ein wie eine Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise mit ihren Wachstums-, Wettbewerbs- und Profitzwängen. Degrowth richtet sich ebenfalls gegen den Technikoptimismus der 1990er Jahre, also gegen die Vorstellung, dass durch Öko-Techniken «grüne» Produktion und «grüner» Konsum vom Umweltverbrauch entkoppelt und begrenzt werden könnten. Deshalb, so die Konsequenz, muss ökologische Gerechtigkeit ein Ende des Wachstums im globalen Norden bedeuten.

Neben der Kritik ist der Degrowth-Bewegung zentral daran gelegen, konkrete Utopien als Alternativen zum Wachstumsdiktat zu entwerfen und diese mit widerständigen Praktiken zu verbinden. Inspiriert durch so unterschiedliche Quellen wie ökologische Ökonomie, Kritik an Entwicklungspolitik und Diskussionen über das «gute Leben» beschäftigen sich die unterschiedlichen Ansätze mit der Frage, wie die sozialökologische Transformation in den hoch industrialisierten Ländern aussehen könnte.

Degrowth ist kein geschlossenes Alternativmodell, kein fertiger Plan, der sich am Reißbrett entwerfen lässt. Vielmehr geht es darum, zentrale Bereiche des Wirtschaftens und Lebens zu repolitisieren, um gemeinsam Alternativen zu erdenken, auszuprobieren und zu erkämpfen. Die Werte der angestrebten Transformation sind Achtsamkeit, Solidarität und Kooperation. Ziel ist ein selbstbestimmtes Leben in Würde für alle – und damit das möglich wird, müssen gesellschaftliche Praktiken und Formen entwickelt werden, in denen sich Menschen als Teil des planetarischen Ökosystems begreifen und dementsprechend leben können.

Die Degrowth-Bewegung konzentriert sich ausdrücklich auf die hoch industrialisierten Länder des globalen Nordens, auch wenn soziale Bewegungen aus dem Süden wichtige Bündnispartner sind, beispielsweise die von indigenen Traditionen geprägten Diskussionen zu Buen Vivir, der Postextraktivismus und die Graswurzel-Umweltbewegungen der Armen. Rohstoff-, Ressourcen- und Landverbrauch sowie Abfallaufkommen und Emissionen der reichen Länder sollen auf ein Niveau gesenkt

werden, das langfristig nachhaltig ist und den Ländern des Südens gleichberechtigte Entwicklungsmöglichkeiten lässt.⁶⁰ Auch um Degrowth rankt sich eine Vielzahl populärer Mythen, skandalträchtiger Behauptungen, die oft von «Wirtschaftsexpert_innen» und Politiker_innen geäußert werden. Sie werden auf den nächsten Seiten diskutiert.

9

DEGROWTH FORDERT PAUSCHALES SCHRUMPFEN DES BRUTTOINLANDS-PRODUKTS

«Dass Wachstum unerwünschte Begleiterscheinungen haben kann, ist unbestritten. Forderungen, deshalb möglichst auf Wachstum und Wohlstand zu verzichten, schütten jedoch das Kind mit dem Bade aus, denn dadurch würden auch Innovationen verhindert, die zu einem besseren Wohlergehen der Menschheit beitragen.»

33

Samuel Rutz, Projektleiter Avenir Suisse⁶¹

Wie wird argumentiert?

Die Forderung nach einem pauschalen Schrumpfen (des BIP) ist unreflektiert, da Wirtschaftswachstum nicht das Gleiche ist wie Ressourcenverbrauch. Es kann auch grünes Wachstum geben, das vom Umweltverbrauch entkoppelt ist. Und zum anderen ist diese Forderung widersinnig, denn gleichzeitig soll es in vielen Gesellschafts- und Wirtschaftsbereichen Wachstum geben, wie beispielsweise bei erneuerbaren Energien oder im Bildungs- und Pflegebereich. Wachstum ist also nicht per se schlecht, es kommt darauf an, wie es gestaltet ist.

⁶⁰ Einführend zu Degrowth vgl. neben dem Webportal www.degrowth.de auch D'Alisa, Giacomina/Demaria, Federico/Kallis, Giorgios: Degrowth: Handbuch für eine neue Ära, München 2016; Muraca: Gut leben; Konzeptwerk Neue Ökonomie/DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften: Degrowth in Bewegung(en): 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation, München 2017; Schmelzer, Matthias/Passadakis, Alexis: Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen, soziale Rechte, Hamburg 2011. ⁶¹ Rutz, Samuel: Der Verzicht auf Wachstum ist keine Lösung, in: Die Volkswirtschaft, 1.12.2014, unter: <http://die-volkswirtschaft.ch/de/2014/12/der-verzicht-auf-wachstum-ist-keine-loesung/>.

Was ist dran?

Natürlich ist BIP-Wachstum nicht gleichzusetzen mit zunehmender Umweltverschmutzung. Technischer Fortschritt, erneuerbare Energien und grüne Innovationen ermöglichen, dass mit gleichem stofflichen Aufwand mehr Werte produziert werden können. Aber unter anderem wegen diverser Rebound-Effekte reicht die beobachtbare Entkopplung von Wirtschaftswachstum und ökologischem Verbrauch bei Weitem nicht aus, um die aus ökologischen Gründen notwendige absolute Verringerung des Naturverbrauchs in den reichsten Ländern zu erzielen (siehe Behauptung 8).

Degrowth fordert daher nicht unreflektiert eine Schrumpfung des BIP, sondern ein gutes Leben für alle innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten. Das geht nicht unter Bedingungen einer an Profit und Inwertsetzung der Natur orientierten kapitalistischen Ökonomie, die viele andere ökonomische Bereiche ausblendet oder kolonisiert und systematisch auf Ausbeutung und Zerstörung basiert. Der kapitalistische Wachstumsimperativ ermöglicht «Dolce Vita für wenige» (Alberto Acosta) statt gutes Leben für alle.

Produktion und Konsum einzuschränken ist kein Ziel an sich. Aber angesichts der Schwierigkeiten der Entkopplungsstrategien, der Ungerechtigkeit und der Unmöglichkeit unendlichen Wachstums ist eine Verminderung des Materialdurchsatzes der Wirtschaft in den reichsten Ländern ein Mittel, um ein gutes Leben für alle möglich zu machen. Degrowth sitzt damit aber nicht der Illusion auf, es reiche, «grüne» Wirtschaftsbereiche zu fördern, sondern stellt sich der Herausforderung, die ressourcenhungrigen Bereiche der Wirtschaft, die nicht sozialökologisch umgebaut werden können, herunterzufahren oder abzuwickeln. Welche das konkret sein sollen, das muss Ergebnis demokratischer Aushandlung sein.

Degrowth steht dafür, dass die Teile der Wirtschaft, die für ein gutes Leben notwendig sind, wachsen. Erneuerbare Energien, ökologische Landwirtschaft, solidarische und genossenschaftliche Betriebe, öffentlicher Personennahverkehr, Bildung, Gesundheits- und Altersversorgung etwa sind Bereiche, die am Gemeinwohl ausgerichtet werden und ein stärkeres Gewicht bekommen sollen. Dieses Wachstum kann durch unterschiedliche politische Maßnahmen wie Subventionen, Steuern und öffentliche Infrastrukturen beschleunigt werden. Aber es gibt

auch Bereiche, die aus Degrowth-Perspektive überflüssig werden sollten, wie beispielsweise Atom- und Kohlekraftwerke, die Rüstungsindustrie, industrielle Landwirtschaft, geplante Obsoleszenz (die absichtliche Verringerung der Lebensdauer von Produkten). Andere Wirtschaftszweige sollen stark begrenzt werden, etwa motorisierter Individualverkehr, Flugverkehr, internationale Gütertransporte oder Werbung. Vor allem in diesem Punkt unterscheidet sich Degrowth grundlegend vom Modell eines Green New Deal, das weiterhin zentral auf – wenn auch ein anderes – Wachstum setzt.

Degrowth-Ansätze beschäftigen sich mit der konkreten Organisation von «gerechten Übergängen». ⁶² Teilweise kann das Schrumpfen fossiler Wirtschaftsbereiche durch Konversion erfolgen, das heißt durch den Umbau der Betriebe in solche, die auf nachhaltige Weise Dinge produzieren, die die Gesellschaft braucht. Doch einige Produktionsanlagen lassen sich nicht umbauen und müssen stillgelegt werden. Dass dies einen beträchtlichen Teil der globalen Ökonomie betrifft – wertmäßig, nicht unbedingt in Bezug auf Arbeitsplätze oder Gebrauchswertproduktion –, zeigt eine Analyse der größten Konzerne der Welt. Der Umsatz der 100 finanzstärksten multinationalen Konzerne aus der Liste der Global 500 – viele mit größeren Umsätzen als ganze Staaten – wird zu rund 50 bis 60 Prozent in den Sektoren Ölförderung, Ölverarbeitung, Autoindustrie und Flugzeugbau erwirtschaftet. Acht der größten zehn Unternehmen sind Ölfirmen. Schätzungen gehen davon aus, dass zwischen einem Drittel und der Hälfte des globalen Umsatzes in Sektoren generiert wird, die nicht nachhaltig umgebaut werden können und daher auslaufen müssen, um eine sozial gerechte Transformation möglich zu machen. ⁶³ Auch wenn das eigentliche Ziel in der Reduktion der stofflichen Ebene der Ökonomie (Ressourcenumsatz, Emissionen, Naturverbrauch) besteht, ist es notwendig, auch die dafür nötige Schrumpfung der Wertebene in den Blick zu nehmen. Nicht zuletzt, weil sich die Besitzer_innen der fossilen Vermögen dagegen wehren, dass diese entwertet werden.

⁶² Zum Konzept der gerechten Übergänge siehe oben, Anm. 20. ⁶³ Global 500, unter: <http://beta.fortune.com/global500>; Exner, Andreas/Lauk, Christian/Kulterer, Konstantin: Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern, Wien 2008; Schmelzer/Passadakis: Postwachstum.

LÄNDER, IN DENEN DIE WIRTSCHAFT SCHRUMPT, HABEN MASSIVE PROBLEME

«Gerade die Spätfolgen der Finanzkrise führen vor Augen, dass kein Wachstum auch keine Lösung ist. Im Gegenteil, die von der Krise besonders hart getroffenen Länder bekommen schmerzhaft zu spüren, was es bedeutet, wenn die Wirtschaftsleistung schrumpft.»

Johannes Pennekamp, FAZ⁶⁴

Wie wird argumentiert?

Einer der naheliegendsten Einwände gegen Postwachstum lautet: Länder, deren Wirtschaft stagniert oder schrumpft, haben massive soziale und ökonomische Probleme. Nicht nur geraten sie in eine Spirale aus steigender Arbeitslosigkeit, zurückgehender Nachfrage, sinkenden Profiten, Sozialkassenschlag etc., mit all den damit einhergehenden Konflikten. Es besteht darüber hinaus die Gefahr, dass der soziale Zusammenhalt bröckelt und reaktionäre oder autoritäre Bewegungen erstarken. Postwachstum wird genau das befördern oder wenigstens naiv in Kauf nehmen.

36

Was ist dran?

Bei diesem Einwand handelt es sich um ein grobes Missverständnis. Denn von Anfang an hieß es in der Décroissance-Bewegung sehr deutlich: «Leur recession n'est pas notre décroissance!» – «Ihre Rezession ist nicht unser Postwachstum!» Bei Degrowth geht es nicht darum, die Wirtschaft innerhalb der bestehenden sozialen Strukturen und Verteilungsverhältnisse zu schrumpfen. Entsprechend dem Motto «Degrowth by design, not by disaster» geht es um eine demokratisch bestimmte sozialökologische Transformation statt der unkontrollierten Schrumpfung, auf die der Kapitalismus ökologisch zusteuert. Durch ein vielfältiges Bündel an politischen Maßnahmen soll sichergestellt werden, dass die Lebensqualität sich verbessert,

⁶⁴ Pennekamp, Johannes: Kein Wachstum ist auch keine Lösung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.2.2014, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/wirtschaftsleistung-kein-wachstum-ist-auch-keine-loesung-12785405.html.

während die über den Markt vermittelte Wirtschaftsaktivität zurückgenommen wird.

Das Argument lässt sich gegen die selbst ernannten Wachstumsverteidiger_innen wenden: Innerhalb der kapitalistischen Institutionen und Strukturen kommt es notwendig immer wieder zu Stagnation und Schrumpfung und damit zu sozialen Krisen, von denen in der Regel die schwächeren Länder und Bevölkerungsteile stärker betroffen sind. Das zeigt sich besonders deutlich in den südeuropäischen Ländern, die im Rahmen der Eurokrise zu einer Sparpolitik gezwungen wurden, die zu einer drastischen Senkung der Wirtschaftsleistung führte. In Griechenland beispielsweise ging das BIP zwischen 2008 und 2013 um 25 Prozent zurück, seither stagniert es – mit katastrophalen Folgen: Die Arbeitslosigkeit schnellte auf über 25 Prozent, bei Jugendlichen lag sie teilweise bei über 50 Prozent,⁶⁵ die Verschuldung des Landes nahm weiter zu und die schlechte Wirtschaftslage diente als Rechtfertigung für massive Kürzungen im öffentlichen Haushalt. Schließlich gerieten auch die demokratischen Strukturen unter Druck, nicht nur durch die autoritäre Politik der Troika aus IWF, Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank, sondern auch durch das Erstarken der faschistischen Partei Goldene Morgenröte.

Bei Degrowth geht es nicht darum, die Probleme, die mit wirtschaftlicher Stagnation oder Schrumpfung einhergehen, zu verharmlosen. Vielmehr ist es das Ziel, die Wachstumsabhängigkeit der wirtschaftlichen Institutionen und Strukturen (wie beispielsweise Arbeitsmärkte, das Renten- und Gesundheitssystem, öffentliche Haushalte, Investitionen oder das Geld- und Finanzsystem) zu kritisieren und Vorschläge für entsprechende Transformationen dieser Institutionen und Strukturen zu diskutieren. Diese Vorschläge bezwecken neben generellen Zielen einer sozialökologischen Transformation (wie Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, gute Lebensbedingungen für alle) auch, die Gesellschaft *wachstumsunabhängig* und damit krisenunabhängiger zu machen.

Einige Aspekte für eine radikal-demokratische Postwachstumspolitik könnten sein: radikale Arbeitszeitverkürzung und Fest-

⁶⁵ Statista: Griechenland – Arbeitslosenquote von 2007 bis 2017, 2017, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/17312/umfrage/arbeitslosenquote-in-griechenland/>; Trading Economics: Greece Youth Unemployment Rate, 2017, unter: www.tradingeconomics.com/greece/youth-unemployment-rate.

legung eines Maximaleinkommens; radikale Umverteilung von Vermögen und Einkommen; Grundeinkommen bzw. bedingungslose Autonomiegarantie; Deglobalisierung und offene (nicht auf Ausgrenzung und rassistischen Bioregionalismus abzielende) Lokalisierung von Produktion; ein Moratorium für gefährliche Großtechniken; öffentliche Kontrolle der Geldmenge und Schrumpfung der Finanzmärkte; Wirtschaftsdemokratie und partizipatorische Formen der Planung; eine ökologische Steuerreform, die Umweltverbrauch statt Arbeit besteuert; Verbot der Förderung fossiler Brennstoffe; Stärkung der solidarischen, gemeinwohlorientierten und commons-basierten Teile der Wirtschaft.⁶⁶

Die Schrumpfung der Wirtschaft oder des Bruttoinlandsprodukts ist bei Degrowth also kein Selbstzweck und auch keine bloße Umkehrung der in Politik und Medien vorherrschenden Wachstumsfokussierung. Vielmehr basiert Degrowth auf der folgenden Überlegung: Da die Wachstumsraten in den früh industrialisierten Ländern seit den 1970er Jahren kontinuierlich zurückgehen, ist es schon deshalb unrealistisch, für die Lösung zentraler gesellschaftlicher Probleme wie Arbeitslosigkeit, Ungleichheit, soziale Sicherung oder Staatsverschuldung auf immer neues Wirtschaftswachstum zu setzen. Zudem lassen sich ökologische Grundlagen menschlichen Lebens nicht erhalten, wenn die reichsten Länder weiter auf Wirtschaftswachstum setzen (siehe Behauptung 8). Vor allem jedoch stellt die Macht- und Herrschaftsförmigkeit der kapitalistischen Wachstumskonstellation (Klassenverhältnisse, geschlechtsspezifische und rassistische Arbeitsteilung, Beschleunigung, Statuskonsum, Inwertsetzungsdynamiken etc.) ein grundlegendes Hindernis für ein gutes Leben für alle dar.⁶⁷

66 Vgl. D'Alisa u. a.: Degrowth; Adler/Schachtschneider (Hrsg.): Postwachstumspolitiken; Schmelzer/Passadakis: Postwachstum; Brand, Ulrich/Pühl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hrsg.): Wohlstand – Wie anders?, Linke Perspektiven, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013; Seidl, Irmi/Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft: Neue Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010. **67** Vgl. dazu Brand, Ulrich: Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik, in: Prokla 175, 2014, S. 289–306; Muraca: Gut leben.

WACHSTUMSKRITIKER_INNEN WOLLEN DEN MENSCHEN VORSCHREIBEN, WIE SIE LEBEN SOLLEN

«Aus dem Impetus der Verhinderung künftiger Katastrophen wird leicht ein Freibrief für Bevormundung und Beschränkung. Pluralismus von Lebensstilen, Konsumfreiheit, Reisefreiheit, Unternehmerfreiheit erscheinen angesichts des drohenden Kollapses ganzer Ökosysteme als frivoler Luxus.»

Ralf Fücks, Heinrich-Böll-Stiftung⁶⁸

Wie wird argumentiert?

Degrowth bedeutet das Ende jeder Freiheit, dessen sind sich viele Kommentator_innen sicher. Das sieht auch Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft so: «Versteckt übermittelt die Wachstumskritik uns auch eine ‹Furcht vor der Freiheit› (Erich Fromm), denn sie verlangt so oder so nach mehr staatlicher Intervention.»⁶⁹ Oder noch deutlicher: «Von der Öffentlichkeit unbemerkt, befinden wir uns auf dem Weg in eine ökosozialistische Diktatur, die jedem einzelnen Menschen vorzuschreiben gedenkt, wie er zu leben und zu arbeiten hat.»⁷⁰

39

Was ist dran?

«Pluralismus von Lebensstilen, Konsumfreiheit, Reisefreiheit, Unternehmerfreiheit» – das klingt gut. Doch es ist ein Mythos, dass im Kapitalismus diese Freiheiten jedem offenstünden. Kann denn jede Putzfrau frei entscheiden, ob sie diesen Beruf ausüben will? Wer entscheidet, was sie dabei verdient? Wer kann sich frei entscheiden, ob er im Erdgeschoss an einer Hauptstraße wohnen will oder in einer Villa am Meer? Wer, in einem Land ohne Krieg zu leben oder in ein Land ohne Krieg reisen zu dürfen? Wer kann frei darüber entscheiden, die eige-

⁶⁸ Fücks, Ralf: Ökologie und Freiheit, 2015, unter: www.boell.de/de/2015/05/19/oekologie-und-freiheit. ⁶⁹ Hüther, Michael: Die Grenzen der Wachstumskritik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.9.2012, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/wirtschaftswachstum-die-grenzen-der-wachstumskritik-11906008.html. ⁷⁰ Aus dem Werbetext zum Buch von Mann, Torsten: Rote Lügen im grünen Gewand, Rottenburg 2009, unter: www.kopp-verlag.de/Rote-Luegen-in-gruenem-Gewand.htm?websale8=kopp-verlag&pi=B3796515&ci=%24_AddOn_%24.

nen Kinder täglich zehn Stunden oder nur eine oder gar nicht zu sehen? Wer kann wo frei entscheiden, in der Öffentlichkeit Händchen zu halten (mit wem)? Eine Teilzeit- oder eine Vollzeitstelle anzunehmen, ohne hungern zu müssen? Wer kann frei entscheiden, sich pestizidfrei zu ernähren?

Offensichtlich sind die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens in der aktuellen Wachstumsgesellschaft extrem ungleich verteilt, je nach Wohnort, Klasse, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Name, Hautfarbe etc. Und selbst vielfach privilegierte deutsche Arbeitnehmer_innen stellen im Alltag fest, dass sie häufig nicht einmal die Freiheit haben, die wirklich notwendigen Dinge zu erledigen, etwa sich um junge, kranke oder alte Menschen zu kümmern, die Wohnung aufzuräumen oder das Mittagessen zu kochen.⁷¹ Die Folgen sind für immer mehr Menschen Erschöpfung, Stress und Depressionen. Im Namen einer scheinbaren individualistischen Freiheit, uns jederzeit alle Wünsche zu erfüllen (wenn dann nach dem Lottogewinn endlich genug Geld da ist), bringen wir uns kollektiv um die verantwortliche Freiheit, das Notwendige tun zu können und darüber zu diskutieren, wer es tut.

Freiheit bedeutet eben gerade nicht, dass privilegierte Menschen verantwortungslos handeln dürfen. Sondern es bedeutet, dass jeder Mensch – unabhängig von seiner Herkunft – das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in verantwortungsvoller Freiheit hat. Meine Freiheit endet bekanntlich dort, wo die Freiheit der anderen anfängt. Und selbstverständlich beginnt die Freiheit der anderen beim Recht auf Unversehrtheit an Leib und Leben – das schließt das Recht mit ein, nicht durch Pestizide, Weichmacher und Feinstaub vergiftet zu werden; nicht sein Ackerland durch den klimabedingt steigenden Meeresspiegel zu verlieren; einen Arbeitsplatz zu haben, der nicht zu Krebserkrankungen führt. Wird dieser einfache Grundsatz angesichts globaler Wertschöpfungsketten zu Ende gedacht, bedeutet das, dass der in Deutschland vorherrschende Lebensstil mit Flugreisen, elektronischen Kleingeräten und täglichem Fleischkonsum ganz wesentlich auf der Unfreiheit anderer Menschen basiert – ob in den Minen im Kongo, in der chinesischen Stahlindustrie oder auf verseuchtem argentinischen Ackerland.⁷²

71 Winker, Gabriele: Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld 2015. 72 Lesse-
nich, Stephan: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, München 2016.

Es ist mitnichten der Fall, dass wir derzeit in einer unregulierten Welt leben würden, und nach einer sozialökologischen Steuerreform plötzlich in einem Überwachungsstaat. Die bestehenden Regulierungen befestigen nur aktuell den Status quo der reichsten Menschen der Welt, und bis zu einem gewissen Grad auch den der imperialen Mittelklassen.⁷³ Und die individuelle Überwachung findet nicht in der Zukunft statt, sondern in der Gegenwart: Nicht erst seit den Enthüllungen von Edward Snowden ist bekannt, dass wir bereits jetzt in Orwell'schem Ausmaß von Geheimdiensten bespitzelt werden und im Dienste des Profits der Internetkonzerne eingeladen sind, alle unsere Daten öffentlich zu machen.

Diese gesellschaftlichen und politischen Strukturen gilt es zu verändern, um echte, verantwortliche und ungeteilte Freiheit für alle Menschen zu ermöglichen, damit Freiheit kein Privileg der Wohlhabenden bleibt.

WER DEGROWTH PROPAGIERT, WILL ZURÜCK IN DIE STEINZEIT

«Wäre die Degrowth-Bewegung schon um 1800 erfolgreich gewesen, würden die meisten Deutschen heute in Holzhütten hausen.»

Rainer Hank, FAZ⁷⁴

Wie wird argumentiert?

Die Degrowth-Bewegung will den Fortschritt verhindern oder gar zurückdrehen und das materielle Lebensniveau auf ein unzumutbares Maß zurückschrauben. Ein Landwirt aus Radeberg formuliert das deutlich als Kommentar zu den «Ende Gelände»-Protesten, an denen die Degrowth-Bewegung beteiligt war: «Heute die Braunkohle, morgen die Chemieindustrie, übermorgen die Automobilhersteller, die Landwirtschaft und so weiter.

⁷³ Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München 2017. ⁷⁴ Hank, Rainer: Wachstum im Schnecken tempo ist in, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.10.2016, unter: www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/degrowth-bewegung-gut-leben-ohne-wachstum-14482521-p3.html.

So fahren sie die deutsche Wirtschaft und die staatliche Ordnung an die Wand. Sie wollen doch immer nur das Beste für alle, zurück in die Steinzeit.»⁷⁵ Die «Steinzeit» wird dabei als Bedrohungsszenario gezeichnet, in der die Menschen elend dahingervegetierten. Kapitalistisch angetriebener materieller und technischer Fortschritt wird mit Fortschritt insgesamt gleichgesetzt.

Was ist dran?

Eine Antwort auf den Steinzeit-Vorwurf muss damit beginnen, den Begriff des Fortschritts selbst zu hinterfragen. Dann bedeutet eine Abkehr vom Wachstum nicht materielle Not, sondern bietet die Möglichkeit, Infrastrukturen, Produktion und Technikentwicklung für ein gutes Leben für alle jenseits von Profitstreben zu denken.

Zum Ersten: Fortschritt ist ein zeitlicher Begriff und bezeichnet den Übergang von einer Situation in eine zweite, die als besser empfunden wird. Fortschritt bemisst sich also an zwei Dingen: zum einen an der Beschaffenheit der Ausgangssituation, zum anderen an dem, was ein Mensch als gut empfindet. Gesellschaftspolitisch wird unter Fortschritt heute meist technische Innovation und Wirtschaftswachstum verstanden – egal ob dieser Fortschritt in der Entwicklung unbemannter Drohnen, der Zerstörung zusammenhängender Waldgebiete durch neue Autobahnen oder im Ersetzen von Menschen durch Maschinen in der Fabrik besteht. Die Fokussierung auf die Zuwachsrate des BIP als Fortschrittsindikator verschleiert, dass die eben genannten fortschrittlichen Entwicklungen nur schwerlich als Fortschritt in Bezug auf ein gelingendes Leben für jeden Menschen betrachtet werden können. Dass unsere Geschichte durch den Fortschritt der Technik auch ein stetiger gesellschaftlicher Fortschritt sei, ist ein Mythos, der die unzähligen Menschen verhöhnt, die im Namen dieses Fortschritts verklavt, geschunden und getötet wurden und werden.

Es ist also an der Zeit, den Begriff des Fortschritts wieder in den Dienst positiver gesellschaftlicher Veränderungen zu stellen und nicht als Leerformel für jedwede technische Entwicklung gelten zu lassen. Geschichte besteht aus vielen Geschichten von Fortschritten, Ausfallschritten und Rückschritten, die sich

TECHNIK,
DIE LEBENSFREUNDLICH IST

OFFEN

ANPASSBAR

DEZENTRAL

ZUGÄNGLICH

in der Auseinandersetzung zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ergeben. Verstehen wir Fortschritt in diesem Sinne, können wir auch von der Vergangenheit lernen: So könnte die kollektive Kinderbetreuung in der Steinzeit und ein durchschnittlicher Arbeitstag von vier Stunden⁷⁶ vielleicht auch Inspiration für heutiges Denken bieten.

Orientiert sich Fortschritt am guten Leben für alle, dann ist deutlich, dass dazu auch ein gewisser materieller Wohlstand gehört. Natürlich schlägt die Degrowth-Bewegung nicht vor, alle Menschen sollten in Hütten oder Höhlen leben und auf jede moderne Technik verzichten. Materieller Wohlstand darf jedoch nicht abhängig sein von einem ständig steigenden BIP. Dafür ist es elementar, die Möglichkeiten für ein auskömmliches Leben, sozialökologische Infrastrukturen und soziale Sicherungssysteme unserer Gesellschaft vom Wachstum zu entkoppeln. Denn momentan sind sie so organisiert, dass sie nur mit einem ständig steigenden BIP funktionieren. Dabei geht es gar nicht um dessen absolute Höhe, sondern um die jährliche Zuwachsrate. Spräche man nur von der Höhe, dann zeigte sich beispielsweise, dass auch zwei Drittel des gegenwärtigen BIP in Deutschland keineswegs ein Leben in Holzhütten oder Höhlen bedeuten würde: Denn das BIP betrug in der Bundesrepublik 1980 etwa zwei Drittel des heutigen Werts⁷⁷ – und von Holzhütten und Höhlen war auch vor 35 Jahren höchstens zu touristischen Zwecken die Rede. Dabei sollte man bedenken, dass damals die Energieerzeugung fast komplett fossil war, viele Techniken deutlich weniger effizient waren als heute, die Gesellschaft ebenfalls ungleich war und es eine florierende Rüstungsindustrie gab. Eine solidarische Postwachstumsökonomie könnte also vermutlich einen noch deutlich höheren materiellen Lebensstandard bieten als die Bundesrepublik im Jahr 1980 – Grundlage dafür wäre jedoch eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen.

In einer solidarischen Postwachstumsökonomie könnte eine lebensfreundliche Technik, die nicht an Innovation als Selbstzweck orientiert ist, zum Wohlstand beitragen. Das bedingt eine Forschungspolitik, in der öffentlich finanziertes Wissen zu

100 Prozent der Öffentlichkeit frei zur Verfügung gestellt und nicht von Konzernen privatisiert wird. Das bedeutet eine Orientierung der Technikentwicklung an offenen, dezentralen, angemessenen, anpassbaren Lösungen und eine technologische Alphabetisierung breiter Bevölkerungsschichten. Langlebige, reparaturfähige Güter bedingen eine Stärkung lokaler Kleinbetriebe und des Handwerks. Medizin- und Pharmatechnik würden sich in öffentlicher Forschung an bedrohlichen Krankheiten orientieren und nicht an gewinnversprechenden Leiden der weißen Mittelschicht.

Eine solche gemeinwohlorientierte Technik könnte die Schaffung wachstumsunabhängiger Infrastrukturen unterstützen. Die Welternährungsorganisation betont bereits jetzt, dass eine bäuerliche und nicht etwa die industrielle Landwirtschaft die geeignetste Struktur ist, um eine wachsende Weltbevölkerung zu ernähren.⁷⁸ Eine Gesundheitspolitik, die Fortschritt nicht als Wirtschaftswachstum definiert, setzt an den Ursachen von Krankheiten an, statt teuer Symptome zu reparieren. Das bedeutet, Gesundheitsrisiken nicht auf Einzelne abzuwälzen, sondern Feinstaubbelastung, Stress, giftige Pestizide und Stoffe in der Umwelt und in technischen Gegenständen viel stärker als bisher zu regulieren. Es bedeutet, menschliche und kostengünstige Alternativen wie Geburtshäuser, Hospize, ärztliche Hausbesuche und konservative Behandlungen zur Regel und das Krankenhaus und Operationen zur Ausnahme zu machen. Und wenn es um angemessene technische Lösungen geht, können wir von der Steinzeit durchaus noch etwas lernen. So wurde zum Beispiel kürzlich ein schon in der Steinzeit genutzter natürlicher Kleber an der Technischen Universität Berlin wiederentdeckt.⁷⁹ Postwachstum heißt nicht zurück in die Steinzeit, sondern raus aus der Erdölzeit und rein in die Zeit des guten Lebens.

⁷⁸ Weltagrarbericht: Bäuerliche und industrielle Landwirtschaft, unter: www.weltagrarbericht.de/themen-des-weltagrarberichts/baeuerliche-und-industrielle-landwirtschaft.html. ⁷⁹ Haute Innovation: Öko-Bambus-Fahrradrahmen auf der Hannover Messe vorgestellt, 2015, unter: www.haute-innovation.com/de/magazin/nachhaltigkeit/nawaro-bambusfahrrad-hannover-messe-2015.html.

DEGROWTH IST EINE BLASE VON JUNGEN, AKADEMISCHEN, WEISSEN MITTELSTANDSKINDERN

«Der Rückspiegel zeigt durchaus im Einklang mit der ökonomischen Theorie, dass die Wachstumskritik ein Phänomen des Wohlstands ist. Die Entlastung von existenziellen Sorgen gibt Raum für die Würdigung abstrakter Zusammenhänge.»

Michael Hüther, Institut der deutschen Wirtschaft⁸⁰

Wie wird argumentiert?

Explizit, Degrowth sei ein Projekt, das sich lediglich auf die Lebensrealität privilegierter Menschen anwenden lässt. Implizit folgt daraus der Vorwurf, dass die Sorgen und Wünsche der «normalen» Bevölkerung missachtet werden. Daher könne auch nur ein kleiner Teil der Bevölkerung Degrowth-Ansätzen etwas abgewinnen. Nicht selten wird Degrowth als verkürzte Kulturkritik derer abgetan, die sich über Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen keine Gedanken machen müssen.

Was ist dran?

Mit der Degrowth-Bewegung im engeren Sinne identifizieren sich bisher tatsächlich mehrheitlich weiße, junge und akademische Menschen.⁸¹

Eine wachstumskritische Perspektive ist allerdings mittlerweile in großen Teilen der Gesellschaft zu beobachten. Es gibt Anzeichen, dass bereits eine Mehrheit der Deutschen der Ansicht ist, dass «die Möglichkeit, gut leben zu können, nicht von Wirtschaftswachstum abhängig sein sollte».⁸² Degrowth wird daher mittlerweile an vielen Orten diskutiert, sei es auf dem Kirchentag, dem Alternativgipfel zu G20 oder Tagungen zum sozialökologischen Umbau.⁸³ Beim Blick auf die soziale

⁸⁰ Hüther: Grenzen der Wachstumskritik. ⁸¹ Eversberg/Schmelzer: Selbstproblematierung. ⁸² Vgl. Umweltbundesamt: Umweltbewusstsein und -aktivitätspotenziale verschiedener sozialer Milieus, unter: www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1968/publikationen/umweltbewusstsein_in_deutschland_2016_barrierefrei.pdf, S. 70 ff. Der Aussage «Wir müssen Wege finden, wie wir unabhängig vom Wirtschaftswachstum gut leben können» stimmten 55 Prozent voll, weitere 36 Prozent eher zu, nur fünf Prozent stimmen eher nicht, nur ein Prozent gar nicht zu. Auch «Grenzen des Wachstums» werden von einer Mehrheit anerkannt. ⁸³ Vgl. www.rosalux.de/dokumentation/id/14577/genug-fuer-alle-sozialoekologisch/.

Basis von Degrowth muss folglich zwischen der politisch aktiven Degrowth-Bewegung und vielfältigen wachstumskritischen Diskursen und Strömungen unterschieden werden. Die politisch aktive Degrowth-Bewegung besteht wie viele andere Teile heutiger linker Politikinitiativen überwiegend aus Studierenden und Menschen aus sozialökologischen Milieus. Diese Leute kommen häufig über die «Selbstproblematisierung» zu Degrowth, so das Ergebnis der bisher umfassendsten Studie zur Degrowth-Bewegung in Deutschland, die auf einer Befragung anlässlich der Degrowth-Konferenz 2014 in Leipzig beruht.⁸⁴ Selbstproblematisierung beinhaltet, sich selbst kritisch in der Welt zu verorten und die eigenen Denk- und Handlungsweisen zu hinterfragen: Wie wurden diese von der Gesellschaft geprägt? Wie stark bin ich selbst in bestimmte Herrschaftsverhältnisse eingebunden?

Degrowth-Ansätze thematisieren zudem strukturelle Ursachen von Umweltzerstörung und Ungleichheit. Kritisiert werden «imperiale Produktions- und Lebensweisen»,⁸⁵ die nur auf Kosten der Umwelt und von Menschen in anderen Teilen der Welt aufrechterhalten werden können und damit grundlegenden Gerechtigkeitsvorstellungen widersprechen. Der Naturverbrauch im globalen Norden muss folglich schrumpfen, damit anderswo Grundbedürfnisse gedeckt werden können. Ist es nicht zu begrüßen, wenn «Mittelstandskinder» ihre Lebensweise kritisch hinterfragen und auf Solidarität setzen, anstatt ihre eigenen Privilegien zu verteidigen?

So falsch es ist, einzelnen Degrowth-Aktivist_innen ihre soziale Herkunft vorzuwerfen, so richtig ist es, den Zustand als Ganzes zu problematisieren. Es besteht die Gefahr, dass die relative Homogenität der «Degrowth-Szene» dazu führt, die Bedingungen der eigenen gesellschaftlichen Position unkritisch auf das Leben anderer Menschen zu übertragen und die unterschiedlichen Voraussetzungen für politisches Handeln zu übersehen. Wie könnte die Degrowth-Bewegung also ihre Anschlussfähigkeit für breitere gesellschaftliche Schichten erhöhen? Möglichkeiten dazu gibt es in den praktischen Degrowth-Projekten. In Umsonstläden, Repair-Cafés, Gemeinschaftsgärten oder in der solidarischen Landwirtschaft engagieren sich schon jetzt häu-

⁸⁴ Die Fragebögen wurden von über 800 der knapp 3.000 Konferenzteilnehmer_innen beantwortet; vgl. ebd. ⁸⁵ Vgl. Brand/Wissen: Imperiale Lebensweise.

fig Menschen, die die Theorie mit Leben füllen, teilweise ohne sich dessen bewusst zu sein: Menschen, die im Alltag miteinander solidarisch sind oder für die suffiziente Lebensweisen eine Selbstverständlichkeit sind. Das zeigt, dass diese Projekte Alternativen für Menschen sein können, die unter dem Kapitalismus leiden. Entscheidend ist aber, dass entsprechende Orte auch für Menschen außerhalb der «Szene» offen und zugänglich sind. Degrowth-Ansätze finden zudem immer mehr Eingang in Diskurse über einen sozialökologischen Umbau und gerechte Übergänge, die in linken Parteien, in Umweltgruppen, Kirchen oder Gewerkschaften geführt werden. Hier kann und sollte Degrowth eine konkrete Transformationsperspektive anbieten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die soziale Zusammensetzung der engeren «Degrowth-Szene» durchaus selbstkritisch wahrgenommen wird. Degrowth ist folglich weniger eine Blase, die sich bewusst nach außen abgrenzt, sondern eher eine Nische innerhalb der Wachstums- und Gesellschaftskritik, die aus einer bestimmten Situation und Motivation heraus entstanden ist. Da immer mehr Menschen dem Wachstumsstreben skeptisch gegenüberstehen, gewinnt die Degrowth-Bewegung als Ausgangspunkt von Transformationsprozessen an Bedeutung. Um diesen Prozess zu beschleunigen, kommt es darauf an, sich mit Aktiven aus anderen Gesellschaftsbereichen verstärkt in Verbindung zu setzen. Diesbezüglich gibt es bereits einige konkrete Projekte: Die Degrowth-Sommerschule auf dem Klimacamp im Rheinland ist der Versuch, sich mit der Klimabewegung zu verbünden und niedrigschwellige Bildungsangebote zu schaffen.⁸⁶ Im Projekt «Degrowth in Bewegungen» wurde ein Verständigungsprozess mit Menschen und Initiativen aus 32 sozialen Bewegungen angeregt.⁸⁷ Das Konzeptwerk Neue Ökonomie plant Konferenzen zu Degrowth und Migration sowie Degrowth und Care, bei denen Geflüchtete und Menschen, die in sozialen Bereichen tätig sind und bisher in der Degrowth-Bewegung unterrepräsentiert sind, eine tragende Rolle spielen.⁸⁸ Um Degrowth-Ideen zu verbreiten, sind Gespräche sowohl mit Kritiker_innen als auch mit potenziellen Verbündeten zu führen und die Kämpfe anderer Bewegungen zu unterstützen, mit dem Ziel solidarischer Perspektiven für alle.

FAZIT: DEGROWTH ALS KONKRETE UTOPIE, TRANSFORMATIONSPERSPEKTIVE UND BEWEGUNG

«Seien wir realistisch – Versuchen wir das Unmögliche.»

Ernesto «Che» Guevara

Degrowth ist Diskurs, Prozess, Utopie, Strategie, Praxis, Lebensgefühl und Bewegung in einem. Es ist eine begriffliche Klammer, um eine sehr vielseitige Suche nach einer «anderen Welt» zu beschreiben. Degrowth-Konzepte sind umsetzbar. Das beweisen die Menschen in unzähligen praktischen Projekten, die bereits damit angefangen haben. Darüber hinaus bieten Degrowth-Ansätze auch Vorschläge, wie politische Rahmenbedingungen hier und heute gestaltet werden können, um erste Schritte zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Wirtschaft zu machen.⁸⁹ Zu guter Letzt beschreibt Degrowth eine Vision gesellschaftlicher Transformation, die in dieser Form noch nie verwirklicht werden konnte: einen bewussten, radikaldemokratischen Prozess der Umgestaltung von Gesellschaft, um die Bedingungen für ein gutes Leben für alle zu schaffen. Und eben dieses gute Leben für alle ist der eigentliche normativ-utopische Kern.

Es gibt, wie in diesem Heft gezeigt wird, berechtigte Zweifel daran, dass die vorherrschenden Strukturen und Maßnahmen in Politik und Wirtschaft dieses Ziel erreichen können. Heutzutage besteht die größere Utopie bereits darin, die Welt mit «business as usual» retten zu wollen. Entsprechend macht sich große Verunsicherung breit. Die vielen Krisen des neoliberalen Kapitalismus sind jeden Tag zu erleben.

Krisen sind immer eine Chance für progressive Alternativen, beinhalten aber ebenso Gefahren. Derzeit gelingt es vermehrt Rechtspopulist_innen, die Sorgen bezüglich der großen Herausforderungen unserer Zeit für ihre Interessen zu nutzen. Nationalist_innen und Rassist_innen werden aber keine der allgemeinen gesellschaftlichen Probleme lösen, sie versprechen lediglich das aggressive Durchsetzen von Einzelinteressen. In dieser Situation ist es wichtig und dringlich, einen gesellschaftlichen Pol der Solidarität zu bilden, der sich sowohl dem neoliberalen «Weiter so!» als auch dem nationalen «Die anderen Armen sind schuld!» widersetzt.⁹⁰ Wir sind überzeugt davon, dass De-

49

⁸⁹ Vgl. u. a. Adler/Schachtschneider: Postwachstumspolitik. ⁹⁰ Vgl. Brie, Michael/Candeias, Mario: Rückkehr der Hoffnung. Für eine offensive Doppelstrategie, in: LuXemburg, November 2016, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/rueckkehr-der-hoffnung-fuer-eine-offensive-doppelstrategie/.

growth eine wichtige Strömung ist, um diesen Pol der Solidarität mit Leben zu füllen.

Es geht folglich nicht darum, Degrowth als fertigen Gesellschaftsentwurf zu präsentieren, sondern die Umsetzbarkeit «im Handgemenge» unter Beweis zu stellen: Die Kollektivierung von Wohnraum ist umsetzbar, das beweist das Miethäusersyndikat. Die gemeinsame Erzeugung ökologischer Lebensmittel ist umsetzbar, das beweisen immer mehr Gemeinschaftsgärten und Projekte solidarischer Landwirtschaft. Höhere Steuern für Reiche sind umsetzbar, das beweisen Länder in Skandinavien. Eine Energiewende von unten ist umsetzbar, das beweisen Energiegenossenschaften. Ein gutes Leben ist auch jenseits imperialer Lebensweisen möglich, das beweisen unzählige Menschen auf der ganzen Welt, die ihr Glück nicht von materiellem Reichtum abhängig machen.

All diese vorhandenen sozialökologischen Alternativen stehen aber mehr oder weniger stark im Widerspruch zur wachstumsorientierten, kapitalistischen Wirtschaft. Letztendlich lässt sich also das Ziel einer sozialen, ökologischen und demokratischen Wirtschaft nur jenseits kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse verwirklichen.

50

Eine große Bedeutung kommt der Förderung von Fähigkeiten für eine sozialökologische Gesellschaft zu. Demokratie- und Kooperationsfähigkeit werden nicht am Schreibtisch erzeugt, sondern in zwischenmenschlichen Begegnungen entwickelt.

Wir sind nicht so naiv, in der Verbreitung von Gemeinschaftsgärten und Repair-Cafés das nahende Ende des Kapitalismus zu sehen. Folglich ist es ebenso wichtig, den Widerstand gegen zerstörerische Politikformen und Produktionsweisen auszuweiten, Diskursmacht zu gewinnen und Institutionen zu transformieren. Degrowth verbindet vielfältige Strategien, um im Sinne einer «revolutionären Realpolitik»⁹¹ den Raum für umfassendere Änderungen schrittweise zu erweitern.

Gerade weil der Weg weit und die Herausforderungen groß sind, kann die Strategie für eine sozialökologische Transformation nur eine emanzipatorische sein, eine Strategie, die auf kollektive Selbstermächtigung zum politischen Handeln setzt. Anders lassen sich die gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht verschieben.

Gleichwohl ist die Degrowth-Bewegung weit davon entfernt, die Gesellschaft im Ganzen zu erfassen. Gesamtgesellschaftlich dominieren nach wie vor der Glaube an Wachstum und ein neoliberales TINA-Den-

⁹¹ Vgl. Brie, Michael/Candeias, Mario/Klein, Dieter: Revolutionäre Realpolitik, in: junge welt, 15.9.2015, unter: <http://ifg.rosalux.de/2015/09/15/revolutionaere-realpolitik/>.

ken («there is no alternative»). Ein Wandel in Richtung Nachhaltigkeit trifft zwar auf große Zustimmung, zugleich sind negative oder ökonomisch verengte Menschenbilder weit verbreitet. Alltagsroutinen bleiben wirkmächtig und es fehlt häufig das Vertrauen in die eigene politische Handlungsfähigkeit. Lebensweisen zu ändern wird als Bedrohung wahrgenommen, ein vermeintlich nachhaltiger Konsum als schnelle Antwort auf die Herausforderungen angesehen. Entsprechend treffen Degrowth-Ideen oft auf Ignoranz oder Skepsis.

Nur wenn es gelingt, Degrowth-Konzepte anschlussfähiger und ihre Relevanz in den konkreten Lebenssituationen von Menschen plausibel zu machen, lässt sich ihre Reichweite erhöhen. Degrowth-Forderungen wie eine sozialökologische Steuerreform oder Arbeitszeitverkürzung bieten dem allergrößten Teil der Gesellschaft einen Zugewinn an Freiheit und Wohlbefinden – das muss deutlich werden.

Angesichts der sich immer weiter zuspitzenden gesellschaftlichen Krisen und der zunehmenden Bedrohung von rechts ist es nicht immer leicht, weiterhin auf die Kraft globaler Solidarität, Kooperation und Achtsamkeit zu hoffen. Aber haben wir eine Alternative? Es bringt nichts, die eigene Analyse zu beschönigen und einem naiven Wunderglauben zu verfallen. Es bringt aber auch nichts, den Kopf in den Sand zu stecken. Dann schon eher auf ein altes Motto Antonio Gramscis zurückgreifen: «Pessimismus des Verstandes – Optimismus des Willens».⁹²

Uns stärkt darin die Gewissheit, dass wir das Glück nicht erst am Horizont zu erwarten haben: «Das gute Leben kann bereits in unserem Widerstand wohnen.»⁹³ Degrowth bietet Gelegenheiten, dem Beat einer besseren Gesellschaft bereits im Hier und Heute nachzuspüren, bietet einen Rahmen für transformatives Denken und Handeln, Hoffnung in der politischen Auseinandersetzung und Begegnungen mit Gleichgesinnten, die eine ökologisch und sozial gerechte Zukunft gestalten wollen.

⁹² Gramsci, Antonio: Gefängnishefte, Bd. 9, hrsg. von Peter Jehle, Hamburg 2012, Heft 28, § 11, S. 2232. ⁹³ Vgl. Ausgeco2hlt: Strategische Verortung 2016/2017, unter: www.ausgeco2hlt.de/sommer-2015/strategische-verortung/.

Impressum

luxemburg argumente Nr. 14

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: Mai 2017

Autorin_innen: Konzeptwerk Neue Ökonomie (Max Frauenlob, Kai Kuhnhen, Christopher Laumanns, Matthias Schmelzer, Nina Treu, Andrea Vetter)

Redaktion: Ulrich Brand und Stefan Thimmel

Illustration: Navid Thürauf · www.zersetzer.com

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN



AG Kritischer Konsum
**GUTER KUNDE,
BÖSER KUNDE**
**Über das Für und Wider
«ethischen» Konsums**
luxemburg argumente Nr. 13
November 2016
44 Seiten
ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publication/42889



Stefanie Majer
**«PASS AUF, DER WILL
DEINEN KEKS!»**
**Mythen und Fakten zur
neuen sozialen Unsicherheit**
luxemburg argumente Nr. 12
Oktober 2016
56 Seiten
ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publication/42726

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

